Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. $11\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 583. Morgen-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 13. Dezember 1861.

Telegraphische Depesche.

Turin, 12. Dezbr. Man spricht stark von Ricasoli's Rücktritt. Aus dem Neapolitanischen fortwährend Ungünstiges. Mord, Brutalität beherrschen das ganze Land. Französischer Schutz sehnsüchtig erwartet. In Neapel bereitet man eine Adresse vor, in welcher Napoleon fußfällig gebeten wird, Italien sich hilfreich anzunehmen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 12. Dez., Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 4 Uhr 55 Min.) Staats-Schuldscheine $89\frac{5}{8}$. Prämien-Anleihe 118. Neueste Anleihe $107\frac{1}{4}$. Schles. Bank-Verein $86\frac{1}{2}$. Oberschlesische Litt. A. $127\frac{1}{2}$. Oberschles. Litt. B. 115. Freiburger 112. Wilhelmsbahn $30\frac{1}{2}$. Neisse-Brieger 48. Tarnowitzer $27\frac{1}{8}$. Wien 2 Monate 70. Oesterr. Credit-Aktien $62\frac{1}{2}$. Oesterr. National-Anleihe $57\frac{5}{8}$. Oest. Lotterie-Anleihe $58\frac{3}{4}$. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien $131\frac{1}{2}$. Oesterr. Banknoten 71. Darmstädter $76\frac{5}{8}$. Commandit-Antheile $86\frac{1}{2}$. Köln-Minden $161\frac{3}{4}$. Rheinische Aktien $89\frac{1}{4}$. Posener Provinzial-Bank —. Mainz-Ludwigshafen —. — Fest.

Wien, 12. Dez., Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 180, —. National-Anleihe 81, 70. London 141, 25.

Berlin, 12. Dezbr. Roggen: matter. Dez. $51\frac{3}{4}$, Dez.-Jan. $51\frac{3}{4}$, Jan.-Febr. $51\frac{3}{4}$, Frühjahr 51. — Spiritus: matt. Dezbr. 18, Dez.-Jan. 18, Jan.-Febr. $18\frac{1}{6}$, Frühjahr 19. — Rüböl: matt. Dezbr. $12\frac{5}{16}$, Frühjahr $12\frac{17}{24}$.

△ Stimmen über das Resultat der Wahlen.

Das Ministerium scheint sich, wenn der im gestrigen Mittagblatt mitgetheilte Artikel der „Sternzeitung“ die Ansicht desselben ausspricht, über die Resultate der Wahlen zu beruhigen. Mit Ausnahme der Constitutionellen oder Ministeriellen werden die Abgeordneten eingetheilt in „Gegner nach Rechts“ und „Gegner nach Links“, und während jene noch vollständiger als im Jahre 1858 geschlagen sind, haben diese an Terrain gewonnen. Wir können dieser Classification nicht beistimmen, im Gegentheil glauben wir, das die „Gegner nach Links“ in vielen, wenn nicht in den meisten Fällen, ganz so wie die Constitutionellen, als wahre Freunde des Ministeriums sich erweisen werden. Die „Sternzeitung“ räumt selbst ein, „daß die Fortschrittspartei in sich selbst sehr verschiedene Nüancirungen enthält, und Elemente verbindet, welche, wenn die praktische Arbeit beginnt, sich ihrer inneren Gegensätze vielleicht bald bewußt sein werden.“ Glauben wir auch nicht an wirkliche „Gegensätze“ innerhalb dieser Partei, so wird doch Jeder die „Nüancirungen“ zugestehen, und nicht minder stimmen wir der „Sternzeitung“ bei, wenn sie meint, die Abgeordneten der Fortschrittspartei nicht mit gewissen „Maßlosigkeiten“ der Presse identificiren zu dürfen. Die Presse hat nun einmal nach Rechts wie nach Links hin das Privilegium, einen Schritt weiter zu gehen als Landtag und Regierung. In Summa geht aus dem Artikel hervor, daß das Ministerium glaubt, mit dem neugewählten Abgeordneten-Hause regieren zu können, und wir unsererseits halten diesen Glauben für vollkommen begründet.

Auch die „Spen. Ztg.“ wendet sich gegen die Organe der Fortschrittspartei; sie ruft ihnen zu: „mögen sie sich nicht zu viel von ihren Freunden versprechen; erst wollen wir sehen, was sie Neues und Tüchtiges bringen; nach den Wahlreden zu schließen, wird es nicht gar viel sein. Wenn eine Partei ihre Bedeutung hauptsächlich einer künstlichen Agitation verdankt, wie die seit dem Juni betriebene war, dann wird man ihren wirklichen Einfluß in der Kammer nie sehr hoch veranschlagen dürfen; denn es wird sich immer fragen, ob und wie lange ihre Wähler Lust haben, mit ihnen zu gehen.“ — Was die „künstliche Agitation“ betrifft, so thäte wohl jede Partei gut, der andern nicht erst Vorwürfe zu machen; eine künstlichere Agitation hat es wohl noch nie gegeben, als die Vereinigung der Feudalen, Ultramontanen und Zunftgenossen.

Die „Nat.-Ztg.“ dagegen schreibt: „Man muß sehr kleinmüthig oder parteisüchtig sein, um mit andern als frohen Erwartungen auf den Ausfall der Wahlen blicken zu können. Es ist eine schreckliche Menge von Oppositionsmännern gewählt worden, sagen sie jetzt freilich hier und dort, und bauen auf diese Entdeckung die desperatesten Schlüsse. Aber nur gemach! macht es nicht einen Unterschied, wer opponirt, ob ein bewährter Gehilfe und Freund, oder Einer mit fremdartigen Zwecken? — Die vollständige Liste der neuen Abgeordneten in der Hand, muß wohl Jedermann dieselbe Bemerkung machen: es sind die Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern und einige sächsische Theile, aus denen die meisten Fortschrittsmänner hervorgegangen sind. Eben das wird nun vielleicht ein Reactionär, der sich auf das Declamiren versteht, ganz besonders anstößig nennen, daß gerade die ältesten Provinzen, die den Staat am ersten zusammenhalten sollten, sich in die Opposition werfen. Man würde ihm aber mit besserem Recht entgegnen, daß er gerade von dem Umstand, daß es die Urprovinzen sind, sich darüber belehren lassen sollte, wie wohlmeinend, wie unverdächtig, wie preußisch diese Opposition doch ist. — Bis zum Beweise des Gegentheils nehmen wir für wahrscheinlich, daß die Enkel derjenigen, die den Staat gegründet, den Staat nicht kleiner machen noch gefährden wollen, und auch die Regierung darf wohl getrost dieser Ueberzeugung leben und sich ein zufriedenstellendes Bild von dem Verhältniß entwerfen, in welchem sie zu den neuen Abgeordneten stehen wird. Preußische Gesinnungen werden gerade in den Freisinnigsten unter ihnen leben, das verbürgen die Städte und Landschaften, aus denen sie hierher kommen werden; wenn aber die Preußen, die Pommern und Märker zu einer Regierungs-Vorlage den Kopf schütteln, könnte das ein unpatriotischer Widerspruch sein? Hier in den Stammlanden kann das rechte Verständniß für kein Staatsbedürfniß fehlen, wer wäre so schwarzsichtig, das zu bezweifeln?“

„Ein wahrhaft zermalmendes Gericht — heißt es an einer anderen Stelle — ist über die feudale Partei gehalten. Sie hat in der Provinz Preußen keinen einzigen Candidaten durchgesetzt, in der Mark Brandenburg nur den Staatsanwalt v. Luck, in Pommern den Staatsanwalt v. Bonin und den Rittergutsbesitzer v. Denzin im stolper Kreise (der dort noch gewählte Landrath v. Gottberg war auf dem vereinigten Landtage Parteigenosse des Grafen Schwerin und soll sich neuerdings wieder ministeriellen Ansichten zuneigen); in Sachsen endlich den Regierungspräsidenten v. Vignau. In diesen vier Provinzen, dem eigentlichen Heerlager der Junkerpartei, ergiebt sich das erstaunliche Resultat, daß sie nur einen einzigen Rittergutsbesitzer, und noch dazu nur einen von neuestem Adel hat durchsetzen können, neben ihm sind ein Regierungspräsident und 2 Staatsanwälte die einzigen Vorkämpfer des alten und befestigten Grundbesitzes. In der Rheinprovinz und Westfalen finden wir nur einen in Elberfeld gewählten Kaufmann als „konservativ“ bezeichnet und neben zwei Ministern gewählt. Auch in Schlesien hat die Partei eine Anzahl der härtesten Verluste erfahren, doch aber 10 Vertreter gerettet. Nach Allem kann die feudale Partei keine 15 Namen mehr auftreiben, um auch nur einen sebstständigen Antrag mit der nöthigen Unterstützung in der Kammer einzubringen; sie ist im eigentlichen Sinne vernichtet. Dieser Ausgang der Wahlen stellt die ernstesten Fragen. Die Regierung bewies unbeugsamen Eifer bisher nur in der Wiederbelebung der strengsten Ueberlieferungen des Militärstaates; alle andern Aufgaben griff sie schwankend und lau an. Im Herrenhause ist nur der vorhohenzollernsche Junkerstaat vertreten, der völlig abgelebt und entwurzelt ist. Das neue Abgeordnetenhaus ist dagegen der reine Ausdruck der Gesinnungen und Bestrebungen des preußischen Bürgerthums, die nach langer Erdrückung und nachdem das Fieber der Revolution wie der Reaktion überwunden ist, klar und fest hervortreten. Es ist keine ganz leichte Aufgabe, in einem Staatswesen, das seit so lange einer seinen wirklichen Grundlagen entsprechenden Erneuerung harrt, die Harmonie herzustellen. Dennoch sind die Zeiten so beschaffen, daß sie hergestellt werden wird, hergestellt werden muß. Auch wird dies ohne trübe Zwischenstadien gelingen, sobald nur dem feudalen Wesen endlich sein Recht auf ein anständiges Begräbniß wiederfährt. Von dort her erhält auch die Militärfrage eine Gestalt, mit welcher das Bürgerthum sich nie wird vertragen können.“

„Mit Stolz — sagt die „Voss. Ztg.“ — kann die Regierung ihre Gegner darauf hinweisen, daß bei den Wahlen, von deren Beeinflussung und Corrumpirung sie sich im Allgemeinen ferngehalten, und die daher den unverfälschten Ausdruck für die wahre Meinung des Landes enthalten, sich nirgends eine Spur von revolutionären und anarchischen Elementen gezeigt, daß nirgends republikanische, communistische und socialistische Tendenzen zum Vorschein gekommen sind. Niemand wird leugnen können, daß das zukünftige Abgeordnetenhaus aus gesunden Elementen zusammengesetzt ist, daß es die edleren Theile der Gesellschaft vertritt. Mit einer solchen Vertretung dürfte es der Regierung leicht werden, erfolgreich an dem Wohle und der Macht Preußens und Deutschlands zu arbeiten. Sie hat den Materialismus nicht zu bekämpfen, da, wo es sich um Aufopferung für große Zwecke handelt und hat die Trägheit und Schwerfälligkeit nicht zu scheuen, wo sie kühn und energisch auftreten will.“

Die „Köln. Ztg.“, die echt constitutionelle Partei vertretend, ist mit dem Ausfall der Wahlen nicht minder zufrieden: „Wenn die Regierung — sagt sie — in der Art vorwärts geht, welche der Minister des Innern in seinem Wahlcircular vom 5. v. M. nochmals bezeichnet hat, nämlich „ohne mit der großen Vergangenheit, insbesondere der Epoche der Wiedergeburt Preußens in den ersten Decennien dieses Jahrhunderts, zu brechen, vielmehr bei der Reform der Gesetzgebung die geschichtliche Entwicklung Preußens vor Augen habend und anknüpfend an die jene Wiedergeburt anbahnende Gesetzgebung,“ dann wird sie hierbei auf das willige Entgegenkommen einer festen Mehrheit im Hause der Abgeordneten sicher rechnen dürfen, und gern wird diese auch dazu helfen: — „Bestehendes zu erhalten, sofern es dem Gemeinwohl ferner zu dienen noch fähig ist.“ Auch Abschlagszahlungen wird hierbei die Mehrheit, sofern sie nur aufrichtig den Umständen entsprechen, willig und dankbar annehmen. In dieser Beziehung sind ernstliche Schwierigkeiten für die Regierung von Seiten des Hauses der Abgeordneten gar nicht zu fürchten.“

„Ernstere Schwierigkeiten in diesem Hause könnten sich nur vielleicht in der Militärfrage erheben. Es hat in den Wahlen das Land sich über diesen Punkt mit der größten Einmüthigkeit ausgesprochen. Die Nation ist gegebenen Falles für die Wahrung der Ehre und Machtstellung Preußens und des deutschen Vaterlandes im Kriege zu den größten vorübergehenden Opfern bereit, — aber sie verlangt dagegen einhellig, daß Wege gefunden werden, wie der Militär-Etat für die Zeiten des Friedens wieder nachhaltig mit den wirthschaftlichen Kräften der Steuerzahler und mit der Befriedigung der eben so wichtigen Bedürfnisse der übrigen Theile der Staatsverwaltung in Einklang gebracht werden kann. Macht das Ministerium die Bewilligung eines Kriegsbudgets von 40 Millionen oder doch nahezu 40 Millionen Thalern zur Bedingung seines Bleibens, dann wird das Ministerium in einigen Monaten abtreten, — darüber kann nach dem Ausfalle der Wahlen nicht mehr der mindeste Zweifel bestehen. Mit dieser eventuellen Aussicht wollen wir also alle uns kühl und ruhig vertraut machen.“

„Wir können indeß solchen Ausgang dennoch immer nicht für wahrscheinlich halten. Wir begreifen nicht, wie ein liberaler Finanz-Minister glauben sollte, sein Nachfolger werde von der Landesvertretung für das Militär mehr erlangen können, als er. Es scheint uns, die Regierung kann nicht umhin, die Thatsache des so unzweideutigen Wahl-Ergebnisses verständig zu würdigen und einzusehen, daß die verschwindend winzige Minderheit, die gegen ein extravagantes Militär-Budget nicht Klage erhebt, doch niemals zur Stütze und Grundlage einer nach innen und außen starken Regierung für Preußen gemacht werden kann und — am allerwenigsten bei der gegenwärtigen Stimmung und Lage des Welttheiles. In so fern glauben wir — obwohl kühl und ruhig auf das Gegentheil gefaßt — doch jetzt nach dem Ausfalle der Wahlen nur um so zuverlässiger, daß wir ein liberales Ministerium noch recht lange behalten werden.“

Der anglo-amerikanische Conflict.

Der „Wes. Ztg.“ schreibt man: Die Ansicht, daß das Cabinet von Washington den „San Jacinto“ eigens beauftragt habe, die britische Flagge zu beschimpfen, um England zum Kriege zu nöthigen, gewinnt hier täglich mehr Boden, so unverträglich sie auch mit dem „berühmten common sense des englischen Volkes“, an den General Scott vergeblich appellirt, sein mag. Die Verführung ist zu stark und die Chancen eines Krieges sind zu günstig für England, als daß John Bull, der in Antipathie gegen Bruder Jonathan groß gezogen worden ist, zu widerstehen vermöchte. Sofortige Oeffnung der südlichen Häfen, Wiederbelebung des Exportgeschäftes und der Baumwollenfabrikation in Lancashire, Demüthigung des amerikanischen Uebermuths, kurzer Kampf und eclatanter Sieg, der England das Recht geben würde, seine eigenen Friedensbedingungen zu dictiren und den protectionistischen Tarif des Nordens zu modificiren — die Aussicht ist zu verlockend für eine Nation, welche sich daran gewöhnt hat, die Interessen der Freiheit und Gerechtigkeit nur in so weit zu achten, als sie mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. Wer überzeugt zu werden wünscht, wird leicht überzeugt. Der Präsident und sein Cabinet, heißt es, sind des Bürgerkrieges überdrüssig und verzweifeln an der Möglichkeit, den Süden zu unterwerfen. Daher wollen sie Frieden auf dem Grunde der vollständigen Trennung und suchen nach einem Vorwande, um sich mit Anstand zurückzuziehen. Um den unnützen Kampf ohne Schaden für ihre Popolarität aufgeben zu können, muß es den Anschein haben, als handelten sie unter dem Einflusse eines äußeren Zwanges, der sie entschuldigt und die allgemeine Aufmerksamkeit von Süden ablenkt. Bei allen derartigen Verwickelungen ist ein Streit mit England von jeher das beliebteste Auskunftsmittel gewesen. Ein auswärtiger Krieg würde in diesem Falle alle Schwierigkeiten in der einfachsten Weise lösen. Es würde ein anständiger Vorwand zur Aufhebung der Blokade sein, die Unabhängigkeit der conföderirten Staaten begründen, der Armee des Potomac genügenden Grund zum Nichtvorrücken liefern, und die Erfolglosigkeit der nordischen Waffen für alle Zukunft entschuldigen. Daher will Amerika Krieg, und da der Krieg zufälligerweise auch ganz dem Interesse Englands entspricht, so soll es ihn haben. Das ist natürlich keineswegs unser Raisonnement. Absurd, wie derartige Unterstellungen erscheinen mögen, sie finden hier willigen Glauben. Wenn sich noch hier und da eine Stimme der Mäßigung und der Theilnahme für die großen Principien der amerikanischen Union vernehmen läßt, wie die John Bright's, so verhallt sie ungehört in dem Kriegslärm, der nun in aller Form mit Trommeln und Trompeten durch's Land zieht. Truppenbewegungen nach der Küste, Ausschreiben von Transportschiffen noch Canada, lebendige Bewegung in den Häfen und Arsenälen. Die Presse findet Raum, alles dies bis in die geringsten Details zu registriren, aber für John Bright's Rede hat sie nur Hohn und Spott. Außer der Manchesterschule ist es nur noch Irland, das es für nöthig hält, seine Sympathien für den Norden zu erklären. Ein in Dublin unter dem Vorsitze von The O'Donoghue, dem Abkömmlinge der irischen Könige, abgehaltenes Meeting thut dies ganz in der excentrischen Weise, die dem Volke Erins eigen ist. Damit ist jedoch den Amerikanern nicht geholfen. Sie müssen sich ernstlich zum Kampfe rüsten, denn der Krieg scheint unvermeidlich zu sein. Daß übrigens nicht alle den Krieg für ein Kinderspiel halten, beweist der Stand unserer Staatspapiere. Consols fielen gestern unter 90 Prozent, sie haben also ihren Rubicon überschritten. Auf diesem Punkte standen sie durchschnittlich während des Krimmkrieges. Unsere Geschäftswelt scheint demnach die Widerstandsfähigkeit Amerika's höher anzuschlagen, als unsere Presse und Meetingsagitatoren.

Preußen.

Pl. **Berlin,** 11. Dezbr. [Vom Hofe. — v. Wrangel. — Ministerconseils. — Marine-Etat. — Die Amazone.] Se. Maj. der König ist diesen Nachmittag wohlbehalten von Letzlingen wieder eingetroffen; in dem kgl. Gefolge befand sich der General-Feldmarschall v. Wrangel, den ein gestern vielfach verbreitetes Gerücht todt gesagt hatte. Man wollte wissen, der General sei plötzlich im Eisenbahnwagen verschieden; die Familie v. Wrangel war dadurch in eine große Besorgniß versetzt worden, welche jedoch bald zerstreut wurde. — Durch die letzlinger Jagd ist eine auf heut angesetzte Minister-Sitzung bis morgen vertagt worden. Die häufigen Conseilsberathungen der letzten Wochen haben die auf Landtagsvorlagen bezüglichen Arbeiten wesentlich gefördert, so daß der Plan, gleich nach Beginn des Landtages einen beträchtlichen Theil der belangreicheren Vorlagen einbringen zu können, zur Ausführung gelangen wird, nur die Aufstellung der einzelnen Theile des Staatshaushalts-Etats ist noch etwas im Rückstande, so daß nach dieser Richtung hin noch besondere Anstrengungen zu machen sind, um eine möglichst frühzeitige Vorlegung des Budgets zu ermöglichen. — Meine früheren Angaben, wonach von Seiten der Marine-Verwaltung eine Mehrforderung beantragt werden wird, gewinnt volle Bestätigung. Man ist in diesem Augenblick mit der Aufstellung der Motive beschäftigt, welche in Form einer Denkschrift dem betreffenden Antrage beigegeben werden dürfte. — Ueber das Schicksal des Kriegsschiffes „Amazone“ fehlen noch immer bestimmte Nachrichten. Leider scheinen die bisherigen trüben Anzeichen für die Annahme des schlimmsten Ausganges der Befürchtungen zu sprechen, obwohl die aufgefundene und von dem diesseitigen General-Consul in den Niederlanden eingesandte Flagge nicht als die sogenannte Königsflagge, sondern nur als eine Bootsflagge erklärt ist. Die von dem Unglück betroffenen Familien der vermißten Mannschaft, der See-Cadetten ꝛc. befinden sich durch die Ungewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen in doppelttrauriger Lage.

Stettin, 9. Dez. [Rückkehr aus dem Exil.] Vor etwa 14 Tagen ist wieder einer der Verbannten, der ehemalige Bürgermeister von Leba, Herr Plath, Mitglied der Nationalversammlung von 1848, aus dem Exil in Amerika in die Heimath zurückgekehrt und hat seinen vorläufigen Wohnsitz in Leba genommen. (N. St. Z.)

Danzig, 9. Dez. [Der Landrath v. Brauchitsch,] welcher bekanntlich im hiesigen Wahlbezirk als Candidat für das Abgeordnetenhaus aufgetreten war, hatte an eine Anzahl von Wahlmännern des Landkreises schriftlich das Gesuch gerichtet, für ihn zu stimmen. Dieses Gesuch hatte der Landrath einem gedruckten Circulär des danziger conservativen Wahl-Comite's eigenhändig angefügt, in welchem es nach Empfehlung der Candidaturen der Herren Kriegsminister v. Roon, Landrath v. Brauchitsch und Schuhmachermeister und Leihamts-Assistent Feldtmeyer wörtlich wie folgt heißt: „Nur Einigkeit macht stark und giebt Stärke auch für die Zukunft, wenn wir jetzt den Demokraten unterliegen sollten, welche auf Rundreisen und in Flugschriften verführerische Lügen und Verdächtigungen ausstreuen und sich lieber mit dem Namen „Fortschrittspartei“ belegen, um über ihrem Abfalle von unserem Könige und seinem fest ausgesprochenen Willen unkundige und blind vertrauende Männer zu täuschen.“ (Danz Z.)

Danzig. [Landrath v. Brauchitsch.] Die „D. Z.“ berichtet: Wie bereits früher erwähnt, hatte der Lehrer Peters in Sobbowitz wegen der Vermahnung, welche demselben von dem Herrn Landrath von Brauchitsch wegen des Lesens der „Volkszeitung“ zu Theil geworden war, unter dem 12. Oktober d. J. eine Beschwerde an die hiesige königl. Regierung gerichtet. Der Inhalt der Beschwerde ist für die Thätigkeit des Landraths sehr bezeichnend und lassen wir daher ihren Wortlaut folgen:

„Durch anliegende Verfügung *) vom 6. Sept. d. J. hat der Landrath v. Brauchitsch dem Unterzeichneten seine Mißbilligung darüber zu erkennen gegeben, daß derselbe die „Volkszeitung“ hält und das Verlangen aufge-

*) Von uns ihrem Wortlaut nach bereits mitgetheilt. D. R.

stellt, fortan dergleichen Schriften jeden Zugang in sein Haus zu verschließen. Dem Unterzeichneten sind keine gesetzlichen Bestimmungen bekannt, wonach dem Landrath ein Aufsichtsrecht über die Lectüre der Organisten und Lehrer zusteht; existiren hierüber aber keine Vorschriften, so liegt in dieser unbefugten Einmischung des Landraths in die Privatangelegenheiten des Unterzeichneten eine arge Amtsüberschreitung. Wie der Unterzeichnete gehört, hat kurz, ehe die anliegende Verfügung an ihn ergangen, der Gendarm Harder zu Ohra sich bei dem Postboten Filleton in Rambeltsch erkundigt, welche Zeitungen er austrage und an wen er dieselben bringe. Der Postbote Filleton wird dies bezeugen. Kann der Unterzeichnete nun auch nicht mit Gewißheit behaupten, daß der Gendarm Harder zu diesem Spioniren vom Landrath Herrn v. Brauchitsch den Auftrag erhalten hat, so muß er doch dies im Zusammenhang mit der anliegenden Verfügung vermuthen, zumal da der Gendarm Harder sich die Namen der betreffenden Zeitungsabonnenten aufnotirt hat. Die anliegende Verfügung ist ohne Zuthun des Unterzeichneten veröffentlicht worden, und erhielt derselbe vom Landrath v. Brauchitsch eine Vorladung zum 21. Sept. d. J., um sich über die geschehene Veröffentlichung der landräthlichen Verfügung vom 6. Sept. d. J. zu verantworten. Dieser Vorladung hat der Unterzeichnete nicht Folge geleistet und glaubt sich auch hierzu nicht verpflichtet. Der Unterzeichnete fühlt sich durch die Handlungsweise des Landraths v. Brauchitsch in seinen staatsbürgerlichen Rechten gekränkt und dürfte das Verfahren des Landraths um so strafbarer sein, da er nicht nur zur Verfolgung seiner privaten und politischen Zwecke seine landräthliche Autorität, sondern auch das für Schulsachen bewilligte portofreie Rubrum, wie aus der Anlage hervorgeht, mißbraucht hat.

„Der Unterzeichnete wendet sich an die königl. Regierung mit dem ehrerbietigen Antrage:

„hochgeneigtest den Landrath v. Brauchitsch wegen der dem Unterzeich-
„neten durch die anliegende Verfügung vom 6. Sept. zugefügten Krän-
„kung zur Verantwortung zu ziehen.“

„Ferner:

„hochgeneigtest untersuchen zu wollen, ob der Landrath v. Brauchitsch
„den Gendarmen Harder zu der von demselben verübten Spionage den
„Auftrag gegeben und insofern sich das herausstellen sollte, auch des-
„wegen das Geeignete zu veranlassen.“

„Den Bescheid hierauf mir hochgeneigtest zu Händen des mitunterzeichneten Rechtsanwalts Lipke zu Danzig zugehen zu lassen“ ꝛc.

Hierauf ist dem Beschwerdeführer unter dem 29. Nov. folgender Bescheid der königl. Regierung zugegangen:

„Nachdem wir den Landrath v. Brauchitsch über die von Ihnen wider denselben angebrachte Beschwerde vom 12. v. M. mit seiner verantwortlichen Erklärung gehört haben, eröffnen wir Ihnen, daß wir Ihre Beschwerde für begründet befunden und dem Landrath v. Brauchitsch wegen der ihm zur Last fallenden Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse einen ernstlichen Verweis ertheilt haben. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Pavelt.‘,

Danzig, 11. Dez. [Zur Flotte.] Mit dem Bau der vier neuen Dampfkanonenboote wird jetzt ganz nach dem Muster der früher hier erbauten fortgefahren, da man von der erst beabsichtigten Aenderung derselben (hinten mit einem Brunnen für die Schraube) Abstand genommen hat. Nur in Bezug auf den Bau der kleineren Dampf-Corvetten „Nymphe“ und „Medusa“ ist, bis auf die schon einige Zeit fertigen Hellings, bis jetzt nichts weiter geschehen, da die Zeichnungen und näheren Angaben hier noch nicht eingetroffen sind. — Die Besatzung der „Amazone“ besteht aus 103 Personen, und zwar aus: 1 Commandanten, 4 Offizieren, 1 Stabswachtmeister, 1 Arzt, 1 Verwalter, 1 Bootsmann, 4 Unteroffizieren, 19 Kadetten, 35 Matrosen, 36 Schiffsjungen, und außerdem aus circa 15 Mann von der Werft-Division.

Solingen, 2. Dez. [Lohnende Arbeit.] Die Schmieden unserer Gegend sind nicht im Stande, den Bedarf an Hieb- und Stichwaffen zu liefern, welcher gefordert wird, so daß die Schmieden der benachbarten Mark, welche sich früher mit Fertigung der Werkzeuge des Friedens befaßten, nun aushelfen müssen, Waffen aller Art, namentlich Säbel zu fertigen. Durch ein einziges pariser Haus sind allein 80,000 Reitersäbel bestellt, welche wahrscheinlich alle nach Amerika versandt werden dürften. Durch solche reiche Bestellungen in einer Zeit, wo man sonst vielfach über Mangel an Beschäftigung klagt, ist es gekommen, daß sich hier die Arbeiter ausnahmsweise sehr guten Verdienstes erfreuen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 10. Dezbr. [Die Erklärung Preußens gegen die kurhessische Regierung,] welche in der Bundestagssitzung vom 5. Dezember abgegeben wurde, lautet nach der „Zeit“, wörtlich wie folgt:

„Die königliche Regierung hält es in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit ihrem Standpunkte nicht für entsprechend, wiederholt in sachliche Erwägungen einzugehen. Sie erkennt es jedoch schon jetzt als ihre Pflicht, ihr großes Befremden über die in jener Erklärung enthaltenen Behauptung zu bekunden, durch welche die Verschuldung der gegenwärtigen Zustände in Kurhessen denjenigen Bundesgenossen zugeschoben werden soll, die in Hinsicht auf die dortigen Rechts- und Verfassungs-Verhältnisse einen andern Standpunkt als die kurfürstliche Regierung einnehmen. Die königliche Regierung ist sich bewußt, der kurfürstlichen Regierung seit Jahr und Tag unausgesetzt diejenigen Rathschläge ertheilt zu haben, deren Befolgung allein zur Beruhigung des Landes führen kann. Wenn sich dasselbe nunmehr in unhaltbaren Zuständen befindet, so darf sie die Verantwortlichkeit für diese Lage lediglich denjenigen anheim geben, denen sie gebührt“.

Leipzig, 10. Dezbr. [Aufruf.] Das hiesige Hilfscomite für Schleswig-Holstein veröffentlicht unterm 9. Dezember Folgendes: „Unterm 7. Dezember schreibt uns der altonaer Hauptverein: Die Zahl der in diesem Rechnungsjahr unterstützt werdenden Familien hat sich um ungefähr zehn vermehrt, welchen gesteigerten Anforderungen gegenüber wir bedauern, mittheilen zu müssen, daß die Beiträge höchst spärlich eingehen und wir ohne ein für außerordentliche Fälle zurückgelegtes kleines Reservekapital unsere Hilfsleistungen schon seit Monaten hätten suspendiren müssen — so aber konnten wir in unserm Wirken fortfahren und selbst der Hoffnung uns hingeben, daß dasselbe vor der Hand sein Ende nicht finden werde. Indem wir von Herzen wünschen, daß die ernste Mahnung, die in Obigem liegt, in allen deutschen Herzen Anklang und Opferbereitwilligkeit finden möge, bemerken wir, daß wir heute mit Hilfe eines Saldo aus dem Vorjahr 800 Thaler als ersten Abschlag auf unsere diesjährige Sammlung nach Altona sandten.

Sternberg, 7. Dezbr. [Aus dem Musterstaat der Kreuzzeitungspartei.] Ein gestern beim Landtag eingegangenes schwerinsches Reskript proponirte die Erhöhung der Bewilligung hinsichtlich der 1862 in London stattfindenden allgemeinen Ausstellung um noch 2000 Thlr., so daß, da Stände dafür schon 3000 Thlr. aus dem Industriefonds bewilligt hatten, im Ganzen 5000 Thlr. zu zahlen wären. Indeß wurde mit 53 gegen 35 Stimmen für die Ablehnung der proponirten Erhöhung entschieden. — Das Polizei-Comite übergiebt in der heutigen Sitzung seinen Bericht über den Gesetzentwurf wegen Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse in den Gütern der Ritter- und Landschaft. Der Schluß des Berichts lautet: „Wenn nun schließlich Comite den hochansehnlichen Ständen den Anrath ertheilen will, den vorliegenden Gesetzentwurf mit den Modifikationen dieses Berichtes anzunehmen, so kann sie dabei nicht zurückhalten, daß sie damit die Aufgabe großer, wesentlicher und wohl begründeter Rechte empfiehlt. Ritter- und Landschaft verzichten auf die Loskündigung der Bauern, auf die frei und aus eigner Macht vorzunehmende Niederlegung, Veränderung und Verlegung einzelner Bauern, bei ihren Höfen und Gütern, auch „mehrerer Hufen und Hofstellen in ihren Dörfern.“ Sie verzichten auf die freie Wiederverleihung ihres Eigenthums, sei es mit oder ohne Bedingungen. Sie verzichten auf die Concurrenz des engeren Ausschusses und ritterschaftlicher Kommissarien bei Regulirungen, lassen sich aber bei allen wohlbefugten Regulirungen einen landesherrlichen Kommissarius gefallen. Zu hoffen haben sie dagegen durch die Annahme des Gesetzentwurfs, daß sie diejenigen ihrer Mitstände, welche von hoher Regierung noch bedrängt werden, bei der Vertheidigung ihres Rechts nach Möglichkeit schützen, daß für dieselben im Falle des Unterliegens wenigstens ein pekuniäres Aequivalent für den bona fide acquirirten und nun wieder herzugebenden Grund und Boden gewonnen wird, daß sie, Ritter- und Landschaft, künftig ruhig bei dem Rest des Ihrigen wohnen, und endlich, daß durch die vorliegende Gesetzgebung doch ein gesunder wirklicher Bauernstand geschaffen wird, im Gegensatz zu dem hier wirklich vermiedenen Erbpachtsystem, durch welches, wie die Erfahrung schon sattsam gelehrt hat, der Bauernstand nicht erhalten, sondern verdrängt wird, und zwar durch ganz heterogene Elemente, ohne alles Standesbewußtsein und darum nothwendig destruktiver Natur. Für diese Wohlthat haben wir alle Ursache, hoher Regierung dankbar zu sein.“ Herr Pogge-Jaëbitz: Er vermisse in dem Bericht ein wichtiges Moment: daß darin nämlich nicht auf die Rechtsverhältnisse der Bauern vor dem Landesvergleich und vor den Reversalen zurückgegangen werde. Durch die Bestimmungen in diesen Grundgesetzen sei gegen die Bauern, die bei der Feststellung derselben nicht gehört worden seien, ein Unrecht begangen. Geschichtliche Nachforschungen hätten den Beweis geliefert, daß der Bauer früher ein dingliches Recht an seiner Hufe besessen habe. Er habe das Resultat jener Forschungen, schwarz auf weiß, aus Urkunden bei sich. Das Unrecht der Vorzeit müsse jetzt wieder gut gemacht werden. Wenn wir jetzt wieder Bauern legen und abmeiern wollten, so sei dies gegen den Geist der Zeit. Die Stände hätten kein Recht, über die Rechte Dritter zu entscheiden. Er beantrage daher, die ganze Gesetzgebung, weil sie auf den Verhältnissen beruhe, die der Landesvergleich und die Reversalen zum Nachtheil der Bauern geschaffen, abzulehnen, und von dem Landesherrn sich eine auf liberaleren Grundsätzen beruhende Gesetzvorlage zu erbitten. Die Freunde des vorliegenden Entwurfs, wie Herr v. Oertzen-Woltow, v. Plüskow-Kowalz und von Oertzen-Kotelow, suchten nun nachzuweisen, wie die Regierungsvorlagen die bestehenden Verhältnisse berücksichtigen. Die Bauern hätten kein Recht an ihren Hufen gehabt, den Gutsbesitzern würden durch das Gesetz bedeutende Rechte geschmälert. Herr von Plüskow behauptet, der Bericht enthalte Genügendes über die bäuerlichen Verhältnisse der Periode vor dem Erbvergleich und verliest den Anfang des Berichts, um nachzuweisen, daß die Bauern auch in jener Zeit kein dingliches Recht an der Hufe gehabt haben. Herr Hillmann-Scharstorff: Es sei vollständig richtig, daß der Comitebericht die Zeit von den Reversalen nicht genügend berücksichtigt habe; die Landesherren hätten vor Abschluß der Reversalen die Ansicht festgehalten, daß den ritterschaftlichen Bauern ein dingliches Recht an ihren Hufen zuständе, und sei dies auch durch archivalische Nachforschungen bestätigt; darin könne er dem Gesetze nicht zustimmen, welches sogar die Abmeierung der Bauern wieder gestatte. Herr Pogge-Jaëbitz will einen Artikel der „Rostocker Zeitung“ über die frühere rechtliche Stellung der Bauern verlesen. Doch will die Majorität die Verlesung nicht gestatten. Landrath Graf v. Bassewitz: Diejenigen, welche keine Bauern hätten, wären doch gewiß nicht berechtigt, sich über dies Gesetz zu beschweren. Wenn die bisher zuläßige und noch täglich ausgeübte Legung der Bauern verboten würde, so sei dies ein Eingriff in die Rechte der Grundherren. Herr Hillmann: Das Bauerlegen sei seit zehn Jahren faktisch außer Uebung gekommen. Die Bauern könnten sich hier nicht selbst vertheidigen, Andere müßten daher für dieselben auftreten. Er sei gern bereit, diejenigen Gutsbesitzer für seinen Theil mit zu entschädigen, wenn er nur dadurch die ritterschaftlichen Bauern in ihrem Besitz erhalten könne.

Oesterreich.

Wien, 11. Dez. [Die Budgetfrage.] Von den Finanzvorlagen heißt es nun allseitig, daß deren Einbringung im Abgeordnetenhause kaum mehr in dieser, sondern erst in folgender Woche, und zwar bezeichnet man den Montag, erfolgen wird. Nach der „Ostd. Post“ scheint die Absicht, dies mittelst einer kaiserlichen Botschaft zu thun, aufgegeben zu sein, und es soll vielmehr, wie bei der ungarischen Angelegenheit, das Ministerium beiden Häusern „im Namen Sr. Maj. die Eröffnung machen.“ Wird diese Form gewählt, so würde die Nothwendigkeit einer Adresse entfallen, und die Majorität des Abgeordnetenhauses scheint bereits darüber einig zu sein, unmittelbar nach dem Erscheinen der Finanzvorlagen zur Wahl des (aus 36 oder 45 Mitgliedern bestehenden) Finanzausschusses zu schreiten.

Auch das Herrenhaus beschäftigt sich nun mit der Angelegenheit. Wenigstens wird im „Vaterland“ erzählt, daß gestern im Hause des Grafen Hartig eine zahlreich besuchte Versammlung von Mitgliedern des Herrenhauses stattfand, in welcher der Staatsminister dem Vernehmen nach den von der Regierung gefaßten Entschluß, das Budget schon jetzt dem Reichsrathe vorzulegen, vertheidigte, und sich der Zustimmung eines großen Theiles der Anwesenden zu diesem Vorgange versicherte. Der Staatsminister soll dabei ausgesprochen haben, daß die Regierung willens sei, von dem Artikel 13, welcher bekanntlich ein wichtiges Recht der Krone garantirt, für diesmal abzusehen, nicht sowohl darum, weil der Finanzzustand des Reiches die Mitwirkung des Reichsrathes unentbehrlich machte, als um das Vertrauen des Volkes zu der — verfassungstreuen Gesinnung der Regierung und zum Reichsrath zu heben. Darum habe die Regierung, obgleich die Februar-Verfassung die Berathung des Budgets durch den engeren Reichsrath nicht kenne, dennoch die allerhöchste Ermächtigung nachgesucht, das Budget dem Reichsrath zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen!

Dazu bemerkt das Organ der Leo Thuns und Clams: „Widerspruch ist gegen diese Darlegung jedenfalls in der genannten Versammlung laut geworden; doch ist es kaum fraglich, daß sich sowohl im Herrenhause wie im Abgeordnetenhause eine Mehrheit für den Beschluß, die Budgetvorlage zu berathen, finden wird. Heute Abends war übrigens in finanziellen Kreisen bereits das Gerücht verbreitet, Baron Rothschild habe in der erwähnten Versammlung sich für die Absicht der Regierung, das Budget schon jetzt dem Reichsrath vorzulegen, ausgesprochen; doch soll diese Börsen-Autorität zugleich bemerkt haben, daß die Theilnahme der finanziellen Kreise an einem etwaigen Anlehen, wie hoch sie auch die Mitwirkung des engeren Reichsrathes schätzten, doch immer noch fraglich sei.“

Pesth, 9. Dez. Dem „Sürgöny“ schreibt man aus Gran: Gestern, 8. Mittags kam Se. Excellenz der k. Statthalter FML. Graf Pálffy hier an, um dem Kardinal-Primas einen Besuch abzustatten. Se. Excellenz wurde mit einer seinem hohen Range angemessenen Feierlichkeit empfangen und von Sr. Eminenz mit väterlicher Herzlichkeit begrüßt. Bei dem glänzenden Gastmahle, an welchem das Kapitel und die Notabilitäten der Stadt theilnahmen, brachte Se. Eminenz auf den hohen Gast einen begeisterten Toast aus, worauf Se. Excellenz wie folgt antwortete:

Gestatten Ew. Eminenz, daß ich Ihnen diesen Toast nicht als unserem herzlichen Hauswirth und unserem sehr geehrten geistlichen Oberhirten, sondern auch als dem Fürstprimas dieses Landes erwidere. Und das thue ich um so mehr, als ich schon längst die Gelegenheit herbeisehnte, der loyalen Aeußerungen Ew. Eminenz zu gedenken, welche aus den trüben Zeiten des vorigen Jahres in meiner Erinnerung auftauchten. So wie die Strahlen der Sonne durch den Nebel brechen, so gelangte mitten unter den lärmenden Manifestationen des vorigen Jahres zu meiner Kenntniß, daß bei einer Gelegenheit, welche ich nicht zu erwähnen beabsichtige, Ew. Eminenz charakteristisch mit dem einen kurzen Worte „nie“ antwortete, und ein anderesmal, als davon die Rede war, was wir alle so sehr wünschen, von der Krönung, gab Ew. Eminenz gleichfalls eine solche kurze und klassische Antwort, nämlich: „um jeden Preis“. In Verbindung mit dem durch das Schicksal Ihnen gewordenen hohen Beruf und mit jenen patriotischen Zeilen, welche Ew. Eminenz vor Kurzem an mich richteten, dient die erwähnte Antwort Ew. Eminenz dem ganzen Lande als Unterpfand, daß Ew. Eminenz und der ganze Clerus mit aller Kraft mich in der Erreichung des vorgesteckten Zieles unterstützen werden, welches mit den Interessen der Religion identisch ist. Diesen erhabenen Mann, den Kardinal-Primas von Ungarn Johann Scitovsky, möge der Herr zum Wohle Sr. Majestät des Königs und des Vaterlandes noch unzählige Jahre leben lassen.

Dieser Toast wurde mit begeisterten Eljens aufgenommen. Se. Excellenz reiste noch am Abend desselben Tages nach Wien ab.

— Wie der „Oesterr. Ztg.“ aus Pesth geschrieben wird, will eine große Menge ungarischer Magnaten-Familien den diesjährigen Winter in Venedig zubringen. Man beabsichtige, durch diese Ihrer Maj. der Kaiserin dargebrachte Huldigung in demonstrativer Weise an den Tag zu legen, daß Ungarn der Dynastie in unverbrüchlicher Treue anhänge, wenn es auch mit der kais. Regierung einen Krieg auf Leben und Tod führe. Demselben Berichterstatter zufolge wäre der Einfluß Deak's und seiner Partei in Ungarn, seitdem dieselben ihre innerste Ueberzeugung Parteizwecken geopfert, auf Null herabgesunken. Uebrigens bestätigt es sich, daß die militärischen Steuer-Exekutionen in Pesth-Ofen wieder aufgenommen sind, um die bereits im November fällig gewesene erste Steuerquote für 1862 einzutreiben.

— Dem wiener Correspondenten des „Sürg.“ zufolge haben Graf Palffy, Graf Forgach und der Minister ohne Portefeuille Graf Esterhazy am 8. und 9. lange Conferenzen in Wien gehalten; an eine Demission oder auch nur Beurlaubung des Grafen Apponyi sei, vorläufig wenigstens, nicht zu denken.

Im Laufe der letzten Tage hatten der französische Botschafter, Herzog v. Grammont, der russische Gesandte, Herr v. Balabine, und der preußische Gesandte, Baron v. Werther, wiederholt Besprechungen mit dem Minister des Aeußern, Grafen v. Rechberg, die ausschließlich die

---

Die Konferenzen in Gaeta.

Da alle Welt nach den Gründen sucht, durch welche die Franzosen heutzutage noch in Rom zurückgehalten werden, so liegt der Gedanke nahe, einmal auf die politischen Umstände und Bedingungen zurückzublicken, unter denen die französische Expedition vor 11 Jahren erfolgt ist. Wenn wir dadurch auch für die Kenntniß der gegenwärtigen Pläne des Kaisers Napoleon nichts gewinnen könnten, so würden wir wenigstens erfahren, ob die Voraussetzungen, welche damals die Intervention begründeten, heute noch in Kraft stehen, und ob das damalige Interesse Frankreichs mit dem heutigen noch identisch ist. Die diplomatischen Verhandlungen der Mächte, deren vorzeitige Frucht die französische Expedition gewesen, waren indeß bis jetzt nur sehr unvollkommen bekannt. Neuerdings hat jedoch der italienische Abgeordnete Petrucelli de la Gattina in den Archiven des ehemaligen neapolitanischen Ministeriums des Auswärtigen wichtige Entdeckungen gemacht und namentlich die gesammten Akten und Protokolle der Konferenz von Gaeta, die zum Zweck der Restauration des heiligen Vaters zusammengetreten war, an's Licht gezogen. Er hat diese Dokumente in der pariser „Presse“ veröffentlicht, indem er ihnen selbst nur wenige Worte hinzufügte, um ihren Werth als objektive Zeugnisse nicht zu schmälern. Wir wollen bei dem allgemeinen Interesse des Gegenstandes aus der umfangreichen Arbeit eine gedrängte Darstellung jener Verhandlungen entnehmen, wobei wir jedoch die französische Politik in etwas weniger idealer Weise kommentiren werden, als es bei den Italienern aus Höflichkeit wie bei den Franzosen aus Gewohnheit üblich ist.

Bald nach der Ankunft Pius IX. in Gaeta begannen von Seiten der katholischen Mächte, deren Vertreter in der unmittelbaren Nähe des Papstes blieben, die Berathungen und Vorschläge zur Wiederherstellung der Ordnung in Rom. Doch gleichzeitig entspannen sich Intriguen und Zwistigkeiten, die lange jedes Resultat verhinderten. Der spanische Minister des Auswärtigen, Hr. v. Pidal, schlug zuerst in einer Circular-Note vom 24. Dezember 1848 einen Kongreß der katholischen Mächte vor und wandte sich dabei zunächst an Frankreich, Oesterreich, Baiern, Portugal, Piemont, Toskana und Neapel. Der Minister Ferdinands II., Fürst Cariata, ging eifrig auf diese Idee ein, indem er alles aufbot, um Neapel als den Ort des projektirten Kongresses durchzusetzen. Der spanische Gesandte durchschaute indeß die eigennützigen Absichten Ferdinands, welcher bei dieser Gelegenheit auch seiner eigenen Schwierigkeiten auf eine leichte Art los werden zu können hoffte, und betonte nachdrücklich den spezifischen Charakter des „katholischen Kongresses“, welcher die Fragen hinsichtlich des südlichen und nördlichen Italiens unter keiner Bedingung auch nur von fern berühren dürfe. Frankreich, Oesterreich und Baiern nahmen den spanischen Vorschlag ohne Weiteres an; nur befürwortete Frankreich noch die Zuziehung Belgiens. Man hielt es für angemessen, auch die nicht katholischen Großmächte, deren Vertreter nach ihrem Besuche in Gaeta ihren Wohnsitz in Neapel genommen, einzuladen. Preußen antwortete bejahend, England behielt sich die Entscheidung vor, Rußland zweifelte an der Möglichkeit und Wirksamkeit des Kongresses, zudem erklärte der Kaiser Nikolaus dem neapolitanischen Gesandten: die Prinzipien, welche auf dem Kongreß Vertretung finden würden, seien nicht die seinigen; das zweckmäßigste Mittel zur Restauration des Papstes sei eine Unterstützung von 10,000 Oesterreichern und 10,000 Neapolitanern. Am wenigsten war aber Antonelli mit der Idee eines Kongresses einverstanden; der Antagonismus Frankreichs und Oesterreichs schien ihm wenig Aussicht auf ein ersprießliches Resultat zu geben. Er benutzte daher die Proklamation der römischen Republik, um das ganze Projekt in den Hintergrund zu drängen, indem er in der Note vom 18. Febr. 1849 direkt die Hilfe Europas anrief und die bewaffnete Dazwischenkunft der durch ihre geographische Lage dazu befähigten Staaten, nämlich Frankreichs, Oesterreichs, Spaniens und Neapels beantragte. Die Folge dieser Note war die Konferenz von Gaeta, welche die Mittel und Wege zur Zurückführung des Papstes diskutiren sollte.

Die Antworten der Cabinette auf Antonelli's Depesche sind für die Kenntniß der damaligen politischen Situation von großer Wichtigkeit. Frankreich wehrte vor allem den Gedanken an eine einseitige österreichische Intervention ab; eine Restauration durch Spanien und Neapel glaubte es schon zulassen zu können. Doch erklärte Herr Drouin de Lhuys dem Marquis Antonini, daß Frankreich keinen absoluten und despotischen Herrscher, keinen Gregor XVI. wieder einsetzen könne. England erklärte sich gegen jede bewaffnete Intervention, und zwar mit solcher Entschiedenheit, daß Oesterreich durch den Grafen Colloredo Lord Palmerston bedeuten ließ, die katholischen Mächte würden auch ohne England fertig werden. Die österreichische Antwort, eine Depesche Schwarzenberg's an den Grafen Martini vom 27. März 1849, spricht sich über die Haltung des französischen Cabinets sehr unbefriedigt aus, welches der alten Ueberlieferung treu bleibe, in allen auf Italien bezüglichen Angelegenheiten gerade das Gegentheil von dem, was Oesterreich wolle, zu thun. Die von Frankreich angeregte Frage über die inneren Reformen des Kirchenstaats hält Schwarzenberg für unzeitgemäß. Preußen blieb wie gewöhnlich unentschieden. Aus Petersburg kam eine gut russische Antwort, welche die Conferenz verwarf, den Interventionsplan aber lobte. Unter Anderm heißt es in derselben: „Die italienischen Souveräne haben sich an den Rand des Verderbens gebracht, weil sie sich von Oesterreich entfernten. Nur durch die Identificirung ihrer Interessen und Handlungen mit denen Oesterreichs können sie wieder aus dem Abgrunde und der Anarchie herauskommen.“ Piemont endlich protestirt im Namen der italienischen Unabhängigkeit und Nationalität. Der verlorne Sohn der Legitimität wurde dafür mit Verachtung gestraft; nur Spanien hielt es für der Mühe werth, eine Antwort von oben herab zu geben, in welcher Piemont das Recht, im Namen Italiens zu reden, abgesprochen und andererseits erklärt wurde, daß Spanien in Rom nicht als fremd betrachtet werden könne, „weil überhaupt die katholischen Mächte im Kirchenstaat nicht fremd wären.“

Die erste Sitzung der Conferenz fand am 30. März 1849 statt. Unter dem Vorsitz Antonellis waren zugegen die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel. Es wurden zunächst die verschiedenen möglichen Combinationen erwogen. Auf eine freiwillige Bekehrung der Römer zu warten, hielt Antonelli nicht für räthlich. Eine Restauration durch Neapel und Piemont in Gemeinschaft brauchte unter den damaligen Verhältnissen auch kaum in Be-

Affaire in der Sutorina betrafen. Wie verlautet, verlangt Rußland, daß die zwei erbeuteten Kanonen zurückgestellt werden. Auch der Depeschenwechsel war in den letzten Tagen ein sehr lebhafter. Es sind zwei Couriere nach St. Petersburg, drei Couriere nach Berlin und Paris abgegangen.

Italien.

[Cialdini. — Garibaldi. — Ratazzi.] Aus Turin vom 5. Dezember wird der „Triester Ztg." geschrieben: Cialdini ist erkrankt, Dr. Bertani sein Arzt. Garibaldi hat, sobald er davon Kenntniß erhielt, sich sogleich um sein Befinden erkundigen lassen. — Gestern empfing Garibaldi eine zahlreiche Deputation Nizzarden, an deren Spitze Herr Laurenti-Robaudi stand, der so lange Nizza im sardinischen Parlamente vertrat. „Diritto" sagt, Garibaldi sei tief ergriffen gewesen, habe jedem der Deputations-Mitglieder, die er seine Unglücksgefährten nannte, öfter die Hand gedrückt und Worte des Trostes oder vielmehr des Bedauerns an sie gerichtet. — Nach einer am 9. Dezember in Paris eingetroffenen Privatdepesche aus Turin hätte die Zusammenkunft, welche zwischen Herren Rattazzi und Garibaldi, in Gegenwart des Herre Depretis stattgefunden, die allgemeine Ansicht von dem Eintritte des Herrn Ratazzi in das Kabinet bestärkt. Die Unterredung dauerte über eine Stunde und hatte einen äußerst herzlichen Charakter.

Frankreich.

Paris, 9. Dez. [Tagesnotizen.] Der Kaiser und die Kaiserin sind heute Nachmittag in Paris angekommen. Sie verließen Compiegne um 2 Uhr Nachmittags. Ein Bataillon kaiserlicher Garde-Grenadiere und das 6. Linienregiment bildeten im Bahnhofe Spalier.

Der Staatsminister hat unterm 6. d. M. sämmtlichen Theaterdirektoren in Paris eine gemessene Verwarnung zukommen lassen wegen der Willkür, mit welcher die Schauspieler nicht nur die von der Theater-Censur gestrichenen Stellen dennoch vortragen, sondern auch neue Reden, Worte und Geberden anbringen, welche von der Censur vorher nicht geprüft worden sind. Dieser Unfug soll künftig nicht mehr geduldet und mit Strenge gestraft werden.

Der Cassationshof hat die Appellation gegen das Erkenntniß der Correctionellkammer des pariser Gerichtshofes, welches am 17. Juli d. J. Blanqui und Frau Fremaux wegen Theilnahme an geheimen Verbindungen zu je 4 Jahren Gefängniß verurtheilte, verworfen. Die Eisenbahnarbeiten von Grenoble nach Chambery durchs Graisivaudan-Thal sind bereits im Gange. — Herr Oliphant, Sekretär der englischen Gesandtschaft in Japan, welcher bei dem bekannten Ueberfall schwer verwundet wurde, ist zur Consultirung der hiesigen Aerzte heute hier angekommen.

[Ministerrath in Rußland.] Die „Patrie" bemerkt zu der von dem „Nord" gebrachten Nachricht über die Einführung eines Ministerraths in Rußland: Nach unserer Ansicht und so weit man auf die Entwicklung dieser Einrichtung und die Zunahme ihrer Befugniß und ihrer Bedeutung rechnen darf, hat die Regierung des Kaisers Alexander einen intelligenten und liberalen Akt vollzogen. Es ist erlaubt, darin Tendenzen zu erblicken, die man nicht genug ermuthigen könnte, so wie die Verwirklichung des seit einiger Zeit gefühlten Bedürfnisses, das russische Reich aus Traditionen und einer inneren Politik herauszureißen, gegen welche ein aufgeklärter Liberalismus protestirte.

[Beziehungen zu Piemont.] Die „Patrie" enthält folgende Mittheilung: „Während des Verlaufes der Debatten im turiner Parlamente haben mehrere ehrenwerthe Redner die französische Regierung zur Sprache gebracht, und ihr Absichten zugeschrieben, die mit ihrer eigenen Politik in Beziehung stehen. Alle Fragen, um die es sich handelt, werden vor den französischen Kammern bei Gelegenheit der Diskussion der Adresse verhandelt werden; die Regierung des Kaisers wird alsdann ihre Politik auseinandersetzen, die ohne Zweifel von derjenigen verschieden ist, zu welcher sich die italienischen Redner bekannt haben. Es möchte übrigens schon jetzt an der Zeit sein, auf die Erklärungen des Herrn Billault in der letzten Session hinzuweisen, um zu erkennen, welcher Unterschied zwischen der Politik des Tuilerien-Kabinets und derjenigen der turiner Regierung besteht."

[Occupation von Rom.] Der „Constitutionnel" hatte die Kosten der französischen Occupations-Armee in Rom von 1849 bis 1861 auf 71,524,000 Frs. veranschlagt und hinzugefügt: „Da jedoch die Kosten für Ausrüstung, Unterhaltung, Munition ꝛc. hierbei nicht einbegriffen sind, und man gewöhnlich 1000 Francs per Mann und Jahr, Alles zusammengerechnet, annimmt, so würden sich demnach die wirklichen Kosten der Occupations-Armee auf nicht weniger wie 128,225,000 Francs bis jetzt belaufen." Dagegen bemerkt heute die „Patrie": „Die Aufstellung, daß 1000 Mann eine Million jährlich kosten, beziehe sich auf die vollständige Organisation, Kleidung, Kasernirung der Truppen; deßhalb müsse man von den 128 Mill. des „Constitutionnel" 56 Mill. abziehen. Man könne auch die Zinsen für einmalige Ausgaben nicht in Anschlag bringen. Wollte man so rechnen, so habe die Eroberung und Behauptung Algeriens bis jetzt über 6, der Krim-Feldzug, der damals 1400 Mill. gekostet, heute schon über 2 Milliarden gekostet. Es bleibe in Wirklichkeit eine Summe von 71 Millionen übrig für 13 Jahre Occupation, was also ungefähr 5½ Mill. auf das Jahr ausmache. Rechne man aber die Kosten ab, welche der Unterhalt derselben Truppen auch in Frankreich selbst verursacht habe, so bliebe nur eine jährliche Ausgabe, 3,750,000 Frs. jährlich, für den dem heiligen Vater gewährten Schutz übrig." — Das „Journal des Débats" erklärt, daß es selten mit dem „Constitutionnel" übereinstimme, in Bezug auf das aber, was letzteres Blatt gestern über die Fortdauer und die bisherigen Unkosten der römischen Expedition gesagt, schätzt sich das „Journal des Débats" glücklich, mit dem „Constitutionnel" einverstanden zu sein. — Die „Gazette de France" bemerkt zu der Kostenrechnung des „Constitutionnel": „Die Tabelle ist sehr lehrreich. Sie zeigt z. B., daß die Republik für die schwierige Expedition und Belagerung von Rom nicht mehr ausgegeben hat, als das Kaiserreich für die einfache Occupation der Stadt und ihres Vertheidigungsrayons. Es kostete die republikanische Regierung beinahe weniger, Garibaldi, Mazzini und Canino aus der ewigen Stadt zu jagen, als es das Kaiserreich kostete, um das von dem Schwerte Frankreichs beschirmte Rom besetzt zu halten."

Großbritannien.

London, 9. Dez. [Hof und Ministerium.] In dem Befinden Sr. königl. Hoheit des Prinzen Gemahls ist noch keine merkliche Besserung eingetreten, vielmehr ist der Zustand des hohen Kranken in den zwei letzten Tagen etwas fieberhafter, obgleich keineswegs bedenklich geworden. In Folge davon dürfte der Hof die auf den 16. d. Mts. anberaumt gewesene Abreise nach Osborne auf einige Zeit verschieben. Der Prinz von Wales wird, dem Vernehmen nach, die Reise noch Palästina gleich nach Weihnachten antreten und unterweges seinem Bruder, dem Prinzen Leopold, in Nizza einen Besuch abstatten. — Lord Palmerston hat sich von einem kleinen Gichtanfall so ziemlich erholt, aber seine Stadtwohnung in Piccadilly nicht verlassen. Graf Russell verweilt noch immer in Pembroke Lodge, Richmond Park, und empfing am Freitag im auswärtigen Amt mehrere fremde Gesandte. Graf Granville, Sir J. C. Lewis und der Herzog von Somerset sind ebenfalls in London. Hr. Gladstone, Hr. Cardwell, Hr. M. Gibson und Sir J. Grey dagegen haben London verlassen.

Belgien.

Brüssel, 9. Dez. Die Kammer hat in ihrer Sonnabend-Sitzung die Berathung des 18. und besonders wichtigen Adreß-Paragraphen in Angriff genommen, der also lautet: „Die den Studien zugewandten Besitzthümer und die Kirchengüter sind weltlicher Natur. Der Staat ist über deren angemessene Verwaltung der Gesellschaft verantwortlich." Es handelt sich hier um dasselbe Princip, dessen Verkennung in Bezug auf die Wohlthätigkeit das Cabinet De Decker gestürzt und die liberale Partei ans Staatsruder gebracht hat: die Verweltlichung der geistlichen Besitzthümer der Geistlichkeit. Die Rechte hat ein Amendement eingebracht, welches von den Führern aller clericalen Nuancen unterzeichnet worden ist und folgendermaßen lautet: „Die Maßregeln, welche man uns unterbreiten wird, um die in der Gesetzgebung über Verwaltung der Kirchengüter möglicher Weise vorhandenen Lücken auszufüllen, werden von der Kammer mit ernstlichster Sorgfalt geprüft werden, um die „dem Eigenthum" schuldige Achtung mit den Nothwendigkeiten einer guten Verwaltung in Einklang zu bringen." Die sehr stürmisch begonnene Discussion ist nichts Anderes, als die Fortsetzung der berühmten, durch den Aufstand von 1859 unterbrochenen Berathung der Wohlthätigkeitsfrage.

Spanien.

[Der Kaplan der Königin,] de Castro, hat vor dem Hofe in einer Predigt sich zu den Lehren Passaglia's gegen die weltliche Macht des Papstes bekannt und die Einheit Italiens vertheidigt. Der Kaplan ist zugleich Professor der Geschichte an der madrider Universität.

Rußland.

St. Petersburg, 6. Dez. Der „Nord" meldet: Eine Reorganisation des Reichsraths als Ergänzung der neuen Institution des Ministerrathes werde erwartet. Dieser Körperschaft soll die Befugniß der Initiative zu neuen Gesetzen und Administrativmaßregeln beigelegt werden. Auch solle eine gewisse Oeffentlichkeit der Verhandlungen Platz greifen. Die Berufung neuer Mitglieder aus der nichtbureaukratischen Welt wird gewünscht. Tschevkin soll vortragendes Mitglied ohne Portefeuille im Ministerrath werden. Das ganze Personal im Kriegsministerium ist seit der Ernennung Milutins zum Minister erneuert, bis auf einen General Filosofow. Der Augiasstall des General Suchosanet ist mithin radikal reformirt.

[Eine Adresse des moskauer Adels] lautet, wie folgt:

„Sire! Der russische Adel, welcher mit tiefer Dankbarkeit die gütige Anerkennung entgegengenommen, welche Ew. Maj. in Ihrem Manifeste vom 19. Februar 1861 ihm auszusprechen geruhten, hält für seine Pflicht, Sie zu versichern, Sire, daß er stets bereit zu allen Opfern sein wird, welche er als dem Vaterlande nützlich erkennen wird. Anläßlich der Emancipation der Leibeigenen wußte der russische Adel, daß die dem Eigenthumsrechte geschlagenen Wunden ihm zu Gunsten des Volkes einen großen Theil seines Vermögens entziehen, und daß der Akt, welcher die Bauern zu Besitzern eines Theiles seines Territoriums machte, ihm seine hundertjährigen Attributionen bezüglich der höchsten Justiz und der unumschränkten Macht über die ländliche Bevölkerung des Reiches entziehen müsse. Nichtsdestoweniger hat er seine Pflicht erfüllt mit dem tröstenden Gedanken, daß sein materielles unpolitisches Opfer Ew. Majestät ruhmreiches Streben, die Rechte und das Wohlergehen dieser jüngeren Brüder unserer Familie zu sichern, erleichtern könne. — Der Adel zweifelt nicht, daß das Wohlergehen und die Civilisation die baldigen Erfolge der von seinen früheren Leibeigenen erlangten Rechte sein werden. Er hofft, daß Ew. Majestät im Genusse der Früchte dieses großen Werkes, billig finden werden, auch dem Adel, der es Ihnen ermöglicht, dieses Ziel zu erreichen, so wie den anderen Klassen des Standes positive Rechte zu bewilligen, die in Hinkunft dem Besitz seine Festigkeit sichern, und die Personen gegen die Willkür der Gewalten schützen, welche uns vom Throne, der einzigen Quelle der Gesetzlichkeit, trennen. Es sind nicht Privilegien, welche der russische Adel in der gegenwärtigen Entwickelungsphase der politischen Gesellschaft verlangt, aber er hofft, daß der Kaiser, die höchste Klugheit in der göttlichen Quelle seiner Macht schöpfend, und der unendlichen Güte seines Herzens folgend, gut finden wird, eine von den Regierungsbehörden unabhängige Justiz zu octroyiren, und daß Ew. Majestät für die erprobte Anhänglichkeit der russischen Nation an Thron und Vaterland geruhen werden, den Gemeinden und städtischen Corporationen eine freie Theilnahme an den lokalen Administrations-Angelegenheiten zu überlassen, nebst dem Rechte, die Bedürfnisse und Interessen jeder Provinz direkt zur Kenntniß des Kaisers zu bringen. Der russische Adel legt seine Hoffnungen an den Stufen des Thrones nieder mit der Ueberzeugung, daß der Monarch, welcher seinen unbotmäßigen Unterthanen in Polen und dem Herzogthum Finnland, die ihm weniger nahe stehen als Rußland, politische Freiheiten gewährt hat, geruhen wird, mit Wohlwollen die ergebene Adresse seiner treuen russischen Unterthanen entgegenzunehmen."

[Zur Charakteristik Wielopolski's] schreibt man der „Ostſ. Ztg." Folgendes: Wohl selten ist ein Staatsmann so verschieden und so falsch beurtheilt worden als Graf Wielopolski. Die verdammenden Urtheile der polnischen Tages-Presse will ich übergehen und nur bemerken, daß dieselben in der neuesten Zeit gemildert worden sind. Selbst die erbittertsten Gegner des Grafen wollen aus den von demselben ausgearbeiteten Gesetzentwürfen über die Zinsbarmachung der Bauern und die Organisation des Schulwesens die Ueberzeugung gewonnen haben, daß derselbe im Innersten seines Herzens es mit der polnischen Gesellschaft doch wohl meine und daß ihm durch die russische Regierung nur die Hände gebunden seien. Sie erblicken heute sogar in ihm den einzigen Staatsmann, der den aufrichtigen Willen und die Befähigung habe, den polnischen Adel vor der Rache der Bauern zu schützen und die Volksbildung zu fördern, und die Nachricht von seinem Rücktritt hat in der polnischen Tagespresse nicht geringe Bestürzung hervorgebracht. Entschieden falsch hat die deutsche Tagespresse den Grafen Wielopolski beurtheilt, indem sie ihm nach allen Seiten hin versöhnliche Absichten unterlegte und seinen Maßnahmen alle mögliche Unterstützung angedeihen ließ. Es wäre daher wohl Zeit, die eigentlichen Zielpunkte der Wielopolskischen Politik offen darzulegen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß dieser russisch-polnische Staatsmann, dem sogenannten Zaren-Panslavismus huldigend, dahin strebt, das deutsche Element aus den russischen Regierungs-Sphären gänzlich zu verbannen und dem polnischen das Uebergewicht in demselben zu sichern. Dadurch sollen die russische Dynastie und Regierung einen ausgeprägten slavischen Charakter gewinnen und befähigt werden, ihre große Mission der Vereinigung aller slavischen Stämme unter der moralischen Hegemonie der polnischen Nation zu erfüllen. Um dem russischen Kaiser das Vertrauen der Polen zu gewinnen, sucht der geniale Staatsmann den ganzen Haß derselben von Rußland ab- und auf Deutschland zu wälzen. Er betrachtet deutsche Sprache und Bildung als den Krebsschaden am polnischen Körper, der gründlich ausgeschnitten werden müsse. Daher die vom Senator v. Krusenstern im Staatsrath vergeblich bekämpfte Bestimmung im neuen Unterrichtsgesetz, daß die Unterrichtssprache in den Schulen der deutschen Colonisten in Polen nicht mehr wie bisher die deutsche, sondern die polnische sein soll. Der Haß gegen Preußen spricht sich auf eine höchst auffallende Weise in einer unlängst in Paris erschienenen polnischen Flugschrift „Tak lub nie" (Ja oder nein) aus, deren Autorschaft von der polnischen Tapespresse ziemlich allgemein dem Grafen Wielopolski zugeschrieben wird; jedenfalls ist sie in seinem Geiste verfaßt. Ihr Zweck ist, die Polen zur eifrigen Betheiligung an den Wahlen zu den neuen repräsentativen Körperschaften zu bestimmen. Diese Körperschaften werden als das höchste Maß von Concessionen, das die russische Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gewähren im Stande sei, und der gute Wille Alexander II. als die einzige Bürgschaft einer besseren Zukunft Polens dargestellt. Als stärkstes Argument für die Betheiligung ist angeführt, daß durch die Zurückhaltung von den Wahlen nur die Absichten des „ewigen Erzfeindes der polnischen Nation", Preußens gefördert werden würden, dem alles daran liege, daß Polen nicht zu einer inneren Organisation und Ruhe gelange, damit es bei der ersten Gelegenheit dasselbe mindestens bis an die Weichsel in Besitz nehmen könne. Auch werden dem Einflusse der preußischen Regierung nicht blos alle Bedrückungsmaßregeln, die je von der russischen Regierung gegen ihre polnischen Besitzungen in Anwendung gebracht sind, sondern auch die neuesten Unruhen in Warschau und Polen zugeschrieben. Wenn die Sache nicht gar so dumm wäre, könnte man versucht sein, sie gescheidt zu finden. So viel steht aber fest, daß Graf Wielopolski die Unterstützung, welche die deutsche Tagespresse seinen Plänen so vorschnell geliehen hat, nicht verdient.

---

tracht gezogen zu werden. Die Intervention des König Ferdinands allein mußte aufgegeben werden, weil der neapolitanische Bevollmächtigte erklärte, der König habe nicht die genügende Truppenmacht, um gleichzeitig gegen Sicilien und gegen die Römer einen Krieg zu führen. Das Project einer durch Neapel und Spanien zu bewerkstelligenden Restauration scheiterte ebenfalls an den ungenügenden Streitkräften, welche diese Staaten zu jenem Zweck hätten verwenden können. So erschien also das thatsächliche Eingreifen von Seiten Frankreichs und Oesterreichs unumgänglich nöthig. Graf Esterhazy erklärte, Se. k. k. Maj. würde gern sein Contingent stellen. Groß aber war das Erstaunen, als nun die französischen Bevollmächtigten die Erklärung gaben, nach ihren Instructionen hätten sie zu verhindern, daß es zu einer materiellen Intervention der beiden Großmächte käme; dadurch würde die Frage von ihrem Standpunkte verrückt zu einer europäischen Wichtigkeit erhoben. Esterhazy bemerkte indeß, nachdem die erste Bestürzung vorüber war, Frankeeich habe sich vorher bereit gezeigt, mit den übrigen Mächten zu interveniren und man könne sich jetzt nicht mit diesem Einwurfe aufhalten. Man begann also die zu besetzenden Provinzen unter die intervenirenden Armeen zu vertheilen; jedoch wurde über die Besetzung Roms die nähere Bestimmung noch verschoben.

Schließlich aber fragten die französischen Bevollmächtigten, welche politische Institutionen denn nach der Rückkehr des Papstes den Römern gegeben werden sollten. Diese Frage wurde für unzeitgemäß erklärt, da sich die Conferenz nur mit der Wiedereinsetzung des Papstes in seine Herrschaft beschäftige. Ja, man beschloß sogar, diese Stelle des Protokolls aus Respect vor dem Papste wieder auszulöschen. Nur durch den geheimen Bericht des Grafen Ludolf an den Fürsten Cariati ist dieser Zwischenfall jetzt bekannt geworden. (Forts. folgt.)

Für den Büchertisch gingen nachstehende Neuigkeiten ein:

- Winterfeld, A. v., Humoristische Soldaten-Novellen für Sopha und Wachtstube. 4. Bd. 8. (Berlin, Behr's Buchhdlg.) Brosch.
- Alexis, Wilibald, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Vaterländischer Roman aus dem Anfang dieses Jahrhunderts. Zweite (Volks-) Ausgabe. 8. 5 Bde. (Berlin, Janke.) Brosch. 2 Thlr. 15 Sgr.
- Hesekiel, G., Aus drei Kaiserzeiten. 3. Abth. In Kaiser Joseph's Tagen., 8. 2 Bde. (Berlin, Janke.) Eleg. brosch. 3 Thlr.
- Ludwig, Otto, Zwischen Himmel und Erde. Erzählung. 3. Aufl. 8. (Berlin Janke.) Eleg. brosch. 1 Thlr. 7½ Sgr.
- Scheffel, J. V., Ekkehard. Eine Geschichte aus dem 10. Jahrhundert. 2te Aufl. 8. 3 Bde. (Berlin, Janke.) Brosch. 1 Thlr. 15 Sgr.
- Gruppe, O. F., Reinhold Lenz, Leben und Werke. Mit Ergänzungen der Tieck'schen Ausgaben. 8. (Berlin, Lüderitz'sche Buchhdlg.) Eleg. brosch.
- Bodenstedt, Friedr., William Shakespeare's Sonette in deutscher Nachbildung. 8. (Berlin, königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei.) Eleg. brosch.
- Preußischer Schreib-Kalender für Damen 1862. Mit dem Bildniß (Photographie) Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Victoria Elisabeth Auguste Charlotte. 32. (Berlin, königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei.) Sehr eleg. brosch. in Etui.
- Die Lieder des Mirza-Schaffy mit einem Prolog von Friedrich Bodenstedt. 10. Auflage. 32. (Berlin, königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei.) Eleg. cartonnirt.
- Maercker, F. A., Karl der Große. Tragödie. 8. (Berlin, kgl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei.) Eleg. brosch.
- Burow, Julie, Frauen-Leben. Goldene Stufen auf dem Wege des Weibes zu Gott. 16. (Berlin, Schotte u. Co.) Brosch.
- Burow, Julie, In stillen Stunden. Gedanken einer Frau über die höchsten Wahrheiten des Menschen-Daseins. 16. (Berlin, Schotte u. Comp.) Broschirt.

Das **„Illustrirte Haus- und Familien-Lexikon",** (Leipzig, Brockhaus) liegt uns bereits bis zum 21. Heft oder dem 1. Heft des 3ten Bandes vor. Wie wir schon früher erwähnten, erblickt das Werk seine Hauptaufgabe darin, Alles, was auf dem Gebiet des realen Wissens, der Kunst und Industrie bis jetzt Nützliches gedacht und erfunden worden ist, den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Demzufolge ist der darin behandelte Stoff von der größten Mannichfaltigkeit, dabei in ansprechender Form und populär dargestellt, so daß das Werk für Jeden, der nur auf dem Standpunkte allgemeiner Bildung steht, verständlich ist. Ueberdies ergänzen die einzelnen Artikel einander derart, daß zu deren Verständniß von Seiten des Lesers keinerlei vorheriges Studium von speciellen Fachwerken nöthig ist. Die Ausstattung ist in allen Theilen eine äußerst elegante und empfiehlt das Werk eben so sehr, wie der gediegene Inhalt. α, ω,

„Vorwärts!" Magazin für Kaufleute. (Leipzig, Spamer.) Wir haben bereits mehrmals dieser gediegenen und durchaus praktischen Zeitschrift Erwähnung gethan und begnügen uns daher diesmal, das Erscheinen des 3. und 4. Heftes vom 2. Bande zur Kenntniß unserer Leser zu bringen, indem wir dabei besonders auf den höchst interessanten kulturhistorischen Aufsatz von Hahn: „Der Tabak" aufmerksam machen. Aus dem reichen Inhalt der angeführten beiden Hefte heben wir noch als besonders lehrreich hervor: „Die Banken", von H. Eschenhagen. „Das Werthverhältniß der Edelmetalle" von J. Engelmann und Peter Hasenclever. „Ein deutscher Kaufmann des 18. Jahrhunderts" von Schuhmann. Auch das Feuilleton enthält systematisch rubricirt eine Menge wissenswerther Notizen aus allen Zweigen kaufmännischen Wissens. α. ω.

Paris, 9. Dezbr. [Beginn der Gesellschaft. — Gebratene Tapirs. — Dupin's Appetit.] Die Gesellschaft fängt wieder an, Lebenszeichen zu geben. Freilich hat die „Saison der großen Bälle" noch nicht begonnen, aber die „Saison der Schlösser" ist doch vorüber, und in Ermangelung der Bälle fängt die Gesellschaft an, mit einer ganz achtungswerthen Lebhaftigkeit „in der Stadt zu diniren". Es giebt auch schon wieder der trefflichen Tafelrequisiten die Fülle, und der Appetit befindet sich nicht mehr, wie in gewissen bösen Sommermonden, in entschiedenem Mißverhältniß mit den Mitteln, ihn zu befriedigen. Das letzte Diner bei „Prince Napoleon" hat Anlaß zu mannichfachen Gesprächen gegeben; die Diners beim „Prince" sind hier nicht berühmt durch ihren feinen Styl (gar nicht vom besten Styl zu reden), wohl aber durch die Fülle von culinarischen Seltenheiten, Curiositäten und Ungeheuerlichkeiten, die den Gästen vorgesetzt werden; beim letzten Diner gab es junge, gebratene Tapirs mit Zwiebel- und Sahnen-Sauce. Wissen Sie, was ein Tapir ist? Ist wußte es nicht und fragte einen gelehrten Freund danach; dieser antwortete mir sehr freundlich: „Tapirus americanus Linn. seu Anta, ein Vielhufer!" Wissen Sie nun, was ein Tapir ist? Ich wußte es nicht; endlich, nach längeren Bemühungen, habe ich herausgebracht, daß der Tapir ein großer Esel ist, der viel Aehnlichkeit mit dem Elephanten hat. Uebrigens gab es bei dem Diner des „Prince" noch eine andere Merkwürdigkeit, nämlich den alten 79jährigen Dupin, der nicht einmal einen seiner gewöhnlichen Calembourgs machte, sondern nur aß (vorzugsweise vom Tapir), und zwar mit dem köstlichen Appetit eines 19jährigen Jünglings. Ein Arzt, der neben dem alten Freunde des Hauses Orleans (und dem neuen des „Prince") saß, legte vor Erstaunen über diesen jugendlichen Appetit die Serviette nieder; der Mann hielt sich selbst für eine der „besten Gabeln" von ganz Paris; vor dem alten Dupin aber streckte er staunend die Waffen, (N. Pr. Z.)

Amerika.

New-York, 26. Nov. Mit Bezug auf die Gefangennehmung der Herren Mason und Slidell bemerkt der „New-York Herald": „Wenn erst einmal die wahre Sachlage bekannt ist, und man die Autoritäten und Präcedenzfälle geprüft hat, so wird die Verhaftung der Commissare den besten Eindruck in England machen, da sie zeigen wird, daß wir uns nicht durch Einschüchterungen davon abhalten lassen werden, auf unserem guten Rechte zu bestehen." Am östlichen Ufer von Virginien sind drei Offiziere des südlichen Bundes gefangen genommen und sieben Kanonen erbeutet worden. Der „Evening Post" zufolge wird der Kriegssekretär Cameron sich in seinem dem Congresse abzustattenden Berichte stark für die Freilassung der den Sonderbündlern gehörigen Sclaven aussprechen. Aus den im Süden erscheinenden Blättern ersieht man, daß der dem Unionsheere angehörige Oberst Brown am 19. d. M. von Fort Pickens (Florida) aus das Feuer auf Pensacola eröffnete. Die Unionsdampfer Niagara und Colorado nahmen an dem Bombardement Theil, sahen sich jedoch nach einiger Zeit zum Rückzug genöthigt, da sie durch das Feuer vom Fort Macrae aus kampfunfähig geworden waren. Obgleich die Nachrichten über den Vorfall nur dürftig sind, so betrachtet man sie in Washington doch als günstig für die Unionisten. Bei Key West ist das südliche Caperschiff Beauregard aufgebracht worden. Dem Panama Star zufolge haben die Behörden von Neu-Granada gegen den vom General Sumner vorgenommenen Transport von Gefangenen über das neutrale Gebiet der Landenge von Panama protestirt.

Aus **New-York,** 28. Nov., meldet das Reuter'sche Bureau: „Im Staate Missouri wird die Unionsregierung den Handel unterhalb St. Louis allein in die Hand nehmen."

Aus **Washington,** 22. Nov., wird der „Times" geschrieben: „Die Stellung des Lord Lyons ist eine höchst schwierige; allein wir brauchen nicht zu befürchten, daß er der Würde Großbritanniens in dieser merkwürdigen Krisis etwas vergeben werde. Herr Seward hielt es, wie ich glaube, als er von der Verhaftung sprach, durchaus nicht für nöthig, auf die Art und Weise, in welcher die Herren Slidell und Mason in Gewahrsam gebracht wurden, anzuspielen, und das Staatsdepartement wird ohne Zweifel mit der gehörigen Vorsicht und Scheu an den Gegenstand herangehen. Ich habe den besten Grund, anzunehmen, daß General Mac Clellan das Verfahren des Seeoffiziers, welcher die Verhaftung vornahm, nicht nur mißbilligt, sondern auch die Ansicht ausgedrückt hat, daß das Anborden und die Gefangennehmung sich nicht rechtfertigen lasse. Auch ward die Nachricht in der That von denkenden und achtbaren Politikern mit einer Art Bestürzung aufgenommen, und schon hört man Leute, die von einer „genügenden Entschuldigung" sprechen und vernimmt eine nur sehr schwache Bezugnahme auf das Durchsuchungsrecht, an dem England ja immer festgehalten habe. Natürlich kann ja die englische Regierung nichts dagegen haben, wenn es von den Schiffen einer Nation ausgeübt wird, die sich stets geweigert hat, es anzuerkennen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 12. Dezember. [Tagesbericht.]

△ Se. Majestät der König hat bekanntlich dem hiesigen Regierungs-Collegium ein werthvolles Oelgemälde: Se. Majestät den hochseligen König in Lebensgröße darstellend, zum Geschenk gemacht, welches vor einigen Tagen hier angekommen ist und sofort im Sitzungs-Saale der ersten Abtheilung der königl. Regierung angebracht worden war. Gestern Vormittag fand nun eine Plenarsitzung des königl. Regierungs-Collegiums statt, während deren das prächtige Bild feierlichst enthüllt wurde. Se. Excellenz der Wirkl. Geh. Rath und Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Hr. Freiherr v. Schleinitz, begleitete diesen Akt mit einer gediegenen und angemessenen Rede, und brachte schließlich auf Se. Majestät den König Wilhelm I. ein dreifaches Hoch aus.

☉ In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Antrag, den ersten Stock im Marstallgebäude (die bisherige Wohnung des Hrn. Branddirectors) für einen jährlichen Miethzins von 450 Thalern an den Herrn Winterfeld zu vermiethen, dem Magistrat nochmals überweisen, da sich mittlerweile ein neuer Miether gefunden hatte, der unter denselben Bedingungen einen jährlichen Miethzins von 500 Thalern geben will.

Die Stadt hat bekanntlich vor einiger Zeit $\frac{8}{18}$ Antheil des Eckhauses Ohlauerstraße Nr. 55 käuflich an sich gebracht, um, wenn das Gebäude ganz in den städtischen Besitz übergegangen sein würde, durch bauliche Aenderungen eine bei der großen Belebtheit der dortigen Passage sehr nothwendige Verbreiterung des Weges herbeizuführen. Nun will aber der Besitzer der übrigen $\frac{10}{18}$ Antheil, Herr Felsmann, diese Antheile nur unter sehr erschwerenden Bedingungen verkaufen, ist aber mit dem Magistrat dahin übereingekommen, dieselben zu dem Preise von 35,000 Thalern (nämlich Gesammtwerth) zu verkaufen, wenn dieser Kauf erst am 1. April 1865, also circa nach drei Jahren, vollständig realisirt werden darf. Die Versammlung war hiermit einverstanden, empfahl aber dem Magistrat zur Erwägung und resp. zur Anfrage: ob sich nicht der Besitzer bereit finden lassen würde, schon am 1. April 1863 den Kauf und die Uebergabe zu vollziehen, wenn ihm ein Kaufpreis von 36,000 Thalern (Gesammtwerth) gegeben würde?

Die Versammlung bewilligte 246 Thlr. zur Einrichtung der Gasbeleuchtung im Quaas'schen Hause (Altbüsserstraße), in welchem sich bekanntlich eine Abtheilung des Magdalenen-Gymnasiums befindet.

Zur Beschaffung von Geräthen für die Finkerney'sche Turnhalle werden 298 Thlr. bewilligt.

Unter den Verpachtungen sind hervorzuheben: Der Zuschlag der Pacht der Schweizerei in Scheitnig an Herrn Springer für ein jährliches Pachtquantum von 425 Thlr.; bisher hatte dasselbe nur 271 Thlr, betragen. Ferner des Carrousel-Platzes in der Nähe von Fürstensgarten für jährlich $12\frac{1}{2}$ Thlr. oder die Ausschreibung eines neuen Licitations-Termins bezüglich dieser letzteren Verpachtung.

♀ [Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.] Sonnabend über acht Tage, den 21. d. M., feiert die „Entomologische Section" ihr alljährliches Stiftungsfest im Saale der Gesellschaft (Börsengebäude). Dasselbe pflegt stets durch zahlreiche Gäste aus andern Sectionen, wie aus der Zahl der Nichtmitglieder besucht zu werden und genießt des Ruhmes eines freundlichen und heitern Beieinanderseins, fern von der ungraziösen Langweiligkeit so mancher „Zweck-Essen", welche Breslau im Laufe des Jahres gebiert.

In der letzten Sitzung der „Technischen Section" ward Hr. Director Dr. Gebauer wiederum zu deren Secretär erwählt. Die Section hält nur sehr selten Sitzungen. An dem Secretär liegt dies nicht. Wenn es diesem ja einmal gelang, einen Vortragenden zu gewinnen, so fand dieser — keine Zuhörer. So war es in den meisten Fällen seit Jahren. Sollte Jemand einmal darauf kommen, die Geschichte der Section zu schreiben, der wird sich der Annahme zuneigen, daß es in dieser Zeit zu Breslau gar keine Techniker gegeben hat. Keinesfalls in der That scheint es solche zu geben, welche das Bedürfniß fühlen, sich mit Fachgenossen über Gegenstände ihrer Wissenschaft und ihres Berufes auszusprechen. Dafür wäre doch die Section der Ort. Wie es jetzt steht, kann man den von Herrn Dr. J. Cohn ausgegangenen Antrag: die Section in eine volkswirthschaftliche umzuwandeln, vielleicht unter Verschmelzung mit der „ökonomischen Section", die an ähnlichem Uebel leidet, nur der Beachtung empfehlen. Der Sprung wäre hier wie da am Ende kein gar so großer, und der genannte Secretär, Herr Dr. Gebauer, ist bekanntermaßen auch auf einem wirthschaftlichen Gebiete (Statistik der Lebensversicherungen ꝛc.) bewährt, überhaupt ein Mann, der auch der umgewandelten Section vorzustehen geeignet. Jedenfalls würde eine „wirthschaftliche Section" frisches Leben fassen. Es würde ihr auf dem neu zusammengefaßten und so viele unmittelbar praktische Fragen berührenden Wissensgebiete weder an Stoff, noch dürfte es ihr an Theilnehmern mangeln bei dem sich immer weiter verbreitenden Interesse für die wichtige Sache. Sollen wir es erleben, daß sich in Breslau wieder ein neuer Verein gründet, während die „Schlesische Gesellschaft" so recht eigentlich der Herd für wissenschaftlich-praktische Bestrebungen ist?

** [Theaternotizen.] Für die nächste Woche haben wir einen hohen und seltenen Kunstgenuß zu erwarten. Signora Artot, die gefeierte Sängerin der italienischen Gesellschaft zu Berlin, eine Künstlerin von europäischem Rufe, beginnt am nächsten Dinstag ein Gastspiel an unserer Bühne und wird, wie wir hören, viermal auftreten. Die Rollen in der „Regimentstochter" und im „Barbier" wird sie in deutscher Sprache singen.

Die Aufführung der Oper „Margarethe" (Faust) muß wiederum einen Aufschub erleiden, weil die Decorationen, trotzdem daß seit Wochen Tag und Nacht daran gearbeitet wird, noch nicht vollendet sind. Inzwischen werden bereits die Orchesterproben fleißig abgehalten, und der Eifer, welcher sich dabei von allen Betheiligten kund giebt, läßt eine in jeder Beziehung fertige und abgerundete Aufführung erwarten.

Für die Wiederholung von Marschner's „Bäbu" waren mannichfache Kürzungen vorgenommen, die sich als sehr vortheilhaft erwiesen. Der Text wurde weniger langweilig und die reizende Musik konnte mehr zur Geltung gelangen. Die Oper ist überdies eben so sorgfältig als geschmackvoll in Scene gesetzt und wurde auch bei der Wiederholung mit entschiedenem Beifall aufgenommen.

—* Schwiegerling, unser alter Bekannter, ist wieder da. Die Sehnsucht aller Kleinen, welche die schönen Geschichten der langen Winterabende nicht blos von Mutter und Amme erzählt, sondern auch leibhaftig vorgeführt haben wollen, wird nun befriedigt werden. Der allen Musen geweihte Saal zum blauen Hirsch hat schon ein paar Generationen das Leben versüßen helfen; er wird es auch noch kommende Dezennien thun. Und Schwiegerling gehört unter die besten und anspruchslosesten Zeitvertreiber. Selbst der Erwachsene, wenn er wieder einmal mit Kindern heiter sein will, findet hier seine Rechnung. Der Theater-Director ist, was Costüme anbetrifft, kein Knauser, und in der mechanischen Geschicklichkeit seiner Artisten leistet er von Jahr zu Jahr Vollkommneres. Wir wünschen zur Belohnung immerwährenden reichlichen Besuch, und weisen namentlich Eltern darauf hin, daß eine Zerstreuung des Geistes in so unschuldiger und doch die Phantasie anregender Weise für die jüngeren Schulkinder eine wahre Wohlthat genannt werden muß.

=△= Wie die Breslauer Zeitung in Nr. 579 (Notizen aus der Provinz) gemeldet, macht die Commune Liegnitz mit der ihr gehörigen Gasanstalt (nach dem Etat pro 1862) nach Abzug aller Unkosten einen Reingewinn von 3253 Thlr. $14\frac{1}{2}$ Sgr. pro Jahr und hat dazu den sehr hoch anzuschlagenden Vortheil, daß bei Produktion eines vortrefflichen Gases für die Beleuchtung ausreichend gesorgt ist. — Die Breslauer warten schon lange auf die Erfüllung der Verheißung: betreffend die Errichtung einer zweiten, städtischen Gas-Anstalt, welche nicht nur durch die Concurrenz bewirken soll, daß wir uns einer besseren Gasbeleuchtung erfreuen, sondern daß auch sehr bedeutende Vorstädte überhaupt mit Gas beleuchtet werden! — Wegen des Festes im Schießwerder ist dort eine kleine Gasbereitungs-Anstalt errichtet worden. Gedenkt die städtische Verwaltung die sehr bedeutende Summe für Ankauf und Unterhaltung dieser Anstalt nur zu Gunsten dieses Vergnügungs-Etablissements aufzuwenden? — dann würde das Vergnügen der Stadt sehr theuer zu stehen kommen, zumal die Schießwerderhalle nur höchstens alle 8 Tage vollständig mit Gas beleuchtet wird. Oder sollen nicht auch die angrenzenden Straßen und Plätze an dieser Anstalt profitiren?? Dann hätte der Bestand dieser Anstalt einen ausreichenden Grund. Quousque tandem.....

—* Gestern hatte die constitutionelle Ressource im Weißgarten die für diesjährige Weihnachtsbescheerung arrangirte Verloosung von Geschenken zu vollziehen. Der Saal war gedrängt voll, die Zahl der abgesetzten Loose bedeutend, und auch diejenige der im Nebenlokale aufgestellten Gewinne nicht unbeträchtlich. Künftigen Mittwoch findet die Einbescheerung an arme Kinder statt.

=bb= Obgleich das Wetter den Treibjagden nicht so recht günstig ist, hat doch ein dergleichen Vergnügen in der Nähe unserer Stadt dieser Tage stattgefunden. Herr Kaufmann K. Ertel veranstaltete nämlich auf seinem bei Fischerau belegenen Territorium mit Einschluß der gepachteten Reviere eine Treibjagd, bei welcher gegen 60 Hasen und eine nicht geringe Anzahl Hühner geschossen wurden. Die Rendezvous wurden unter Zelten abgehalten und überhaupt gewährte die ganze Jagdlustbarkeit durch den dabei vorherrschenden Humor allseitig viel Vergnügen. — Sollte das Wetter sich mehr zu Frost hinneigen, dürften derartige Belustigungen in diesem Monat noch sehr viele abgehalten werden.

=a= [Verkehr auf unserer Oder.] Wie bedeutend der Verkehr auf unserer Oder ist, — trotz aller obwaltenden Hemmnisse! — ersieht man aus den sehr schätzenswerthen Uebersichten der Breslauer Zeitung Nr. 571 und 575. — Nach diesen Angaben, die in jenen Artikeln in ausführlichster Spezialität gegeben sind, passirten in den abgelaufenen $\frac{3}{4}$ Jahren (1., 2. und 3. Quartal 1861) die hiesige Ober- und Unterschleuse nicht mehr und nicht weniger als 2732 beladene und 547 leere Schiffe, sowie 4621 Flöße und Tafeln. — Wie würde der Verkehr erst erblühen, wenn die Oder vollständig regulirt wäre?? — Es ist hier also ein lohnendes Feld für die Thätigkeit der schlesischen Abgeordneten! — Wir wollen sehen, welchen Fleiß und Eifer sie darauf verwenden werden!

—* Heute Mittag um 1 Uhr wurde die Feuerwehr alarmirt. In einem Ofen des Hauses Schweidnitzerstr. 53 hatte sich eine kleine Quantität Backholz entzündet, war jedoch bald gelöscht worden.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Am 6 d. M. eröffnete der Vorsitzende die Sitzung des Gartenbau-Vereins mit der erfreulichen Nachricht, daß Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich der Niederlande die Annahme des Protektorats zugesagt habe.

† Steinau. Nächsten Sonntag den 15. Dezember Abends 7 Uhr findet seitens des Gesangvereins eine musikalische Abendunterhaltung im Saale des Seminars, unter Leitung des Herrn Musikdirektors Richter, statt.

Breslau, 9. Dez. [Personalien.] Schulamts-Candidat Paul Großmann in Ob.-Glogau als Adjv. nach Tschammer-Ellguth, Kr. Gr.-Strehlitz. Adjv. Joh. Peterknecht in Tschammer-Ellguth als Interimist. Substitut nach Leschnitz. Adjv. Joh. Mika in Pohlom als solcher nach Marklowitz, Kreis Rybnik. Adjv. Jos. Szasny in Marklowitz als solcher nach Pohlom, Kreis Rybnik. Adjv. Joh. Nowomiejski zu Koschentin als Schullehrer, Organist und Küster in Cieschowa, Kr. Lublinitz. Adjv. Heinrich Münch als Lehrer an die neuerrichtete kath. Privatschule zu Brockau bei Breslau. Adjv. Rob. Kähler als solcher an die Localschule zu Josephinenthal bei Hirschberg. Der seitherige provis. Lehrer Anton Walczyk zu Goschütz-Neudorf, Kreis Poln.-Wartenberg, als wirklicher Lehrer daselbst. Schulamts-Candidat August Kaul in Schönowitz als Adjv. nach Stodoll, Kr. Rybnik. — Schulamts-Candidat Thomas Münzer in Ober-Glogau als Adjv. nach Grabine, Kr. Neustadt O.S. Adjv. Wilh. Kinner in Naumburg a. Q. als solcher nach Kleinhelmsdorf, Kr. Schönau. Adjv. Paul Hielscher in Kleinhelmsdorf als solcher nach Gr.-Peterwitz, Kr. Neumarkt. Adjv. Heinr. Neumann in Gr.-Peterwitz als solcher nach Naumburg a. Q. Schulamts-Candidat Paul Spack in Peiskretscham als Adjv. daselbst. Adjv. Aug. Kerker in Heinersdorf als solcher nach Perschkenstein, Kr. Grottkau. Schulamts-Cand. Joh. Kohlsdorffer in Ober-Glogau als Adjv. nach Heinerdorf, Kr. Neisse. Adjv. Aug. Materne in Zawada als solcher nach Ponischowitz, Kr. Gleiwitz. Adjv. Jos. Frischtatzki in Ponischowitz als solcher nach Zawada, Kr. Ratibor.

Breslau, 11. Dez. [Personal-Chronik.] Bestätigt: Die Wahl des Appellations-Gerichts-Referendarius Kreuz in Löwenberg als Bürgermeister der Stadt Wansen. Die Vokationen für den Hilfslehrer Melzer zum dritten Lehrer an einer der städtischen evang. Elementarschulen zu Breslau, für den Lehrer Schuster zum dritten Lehrer an einer der städtischen evang. Elementarschulen zu Breslau. Angestellt: 1) Der kommissarische Post-Inspektor Calame als Post-Inspektor. 2) Der Ober-Post-Sekretär Liebich als Bezirks-Post-Kassen-Kontroleur. 3) Der invalide Sergeant Scholz in Schweidnitz, und 4) der invalide Postillon Wünscher in Glaz als Briefträger bei den betreffenden Post-Anstalten. Versetzt: Der Post-Expedient Loske von Oppeln nach Breslau. Pensionirt: Der Briefträger Redner in Schweidnitz. — Erledigte Schulstelle: Die evangelische Lehrerstelle in Tscheschenheide (Schlaschwitz), Kreis Guhrau, ist vakant. Das Einkommen derselben wird auf 165 Thlr. angegeben. Vocirungsberechtigt ist das Dominium.

Vermächtniß: Die letztwillige Verfügung der zu Breslau verstorbenen Wittwe Theresia Bürkner geb. Völkel, durch welche dieselbe dem Ursulinerinnen-Convent daselbst ein Kapital von 2000 Thlr. vermacht hat, ist landesherrlich genehmigt worden.

Schenkung: Der Partikulier Gottlieb Hoffmann zu Schweidnitz hat dem Bürgerhospitale daselbst 100 Thlr. mit der Bestimmung geschenkt, daß die Zinsen von diesem Kapital den 30 Inquilinen des Hospitals zugewendet werden.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

□ **Posen,** 10. Dez. Es hat sich hier ein Comite gebildet, welches eben damit beschäftigt ist und den Plan ungesäumt auszuführen gedenkt, der jetzt bestehenden „Posener Zeitung" eine „Zeitung" gegenüberzustellen, die, wie bestimmt verlautet, im Stande sein werde, der jetzt bestehenden „Posener Zeitung" eine starke Concurrenz zu bieten. Es sollen für das Unternehmen bedeutende Kräfte gewonnen sein und noch gewonnen werden. Ueber die Tendenz der neuen Zeitung verlautet noch nichts. Daß dieselbe indeß auf liberalen Grundsätzen beruhen werde, geht daraus hervor, daß der als liberal bekannte und literarisch thätige Streckfuß als Chef-Redacteur, mit einem Gehalte von 1500 Thlr. gewählt sei. Das Unternehmen soll durch Actien von 25 Thlr. an, bis jetzt mehr als gesichert sein, und sieht man dem Erscheinen dieser neuen Zeitung mit dem Beginne des Jahres 1862 entgegen — Wie es den Anschein hat, werden die Polen in dieser Session mehr als ein Drittheil mehr Abgeordnete in der Kammer haben, als das letztemal. Während die vorige Kammer nur 17 polnische Vertreter hatte, sind bis jetzt 26 gewählt, und lassen die Doppelwahlen noch mehr erwarten. — Während die russische Regierung über das Schicksal des stellvertretenden Erzbischofs Bialobrzeski in Warschau bereits entschieden hat, ist ein Urtheil über die dort verhafteten jüdischen Geistlichen, nach Aussage ihrer hiesigen Verwandten, bis jetzt noch nicht gefällt. Laut Nachrichten aus Warschau hoffen dieselben auf Freisprechung, sie sind indessen nicht davon unterrichtet, was eigentlich vorliegt und wessen Verbrechens sie beschuldigt sind.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Productenmärkte im November 1861.

Die Stimmung bleibt andauernd günstig, wenn auch wesentlich nur für den Consum gekauft wird, die Speculation sich noch theilweise zurückhält. Durch den anhaltenden Mangel an Transportmitteln für Kohlen auf unsern Bahnen, den hohen Seefrachten für englische Waare, dem naherückenden Schlusse der Schifffahrt bilden Kohlen einen sehr beliebten Artikel.

Roheisen, schottisches in Glasgow 48—50 Sh. per Ton, dasselbe auf Lieferung in Berlin ohne Notiz, loco dort 50—$52\frac{1}{2}$ Sgr. pr. Ctr. Ebendaselbst wurde schlesisches Holzkohlen-Roheisen ab Oppeln mit $49\frac{1}{2}$—50 Sgr., Coaks-Roheisen mit 45 Sgr. loco Berlin gehandelt.

In Breslau, ersteres ab Oppeln mit 48—55 Sgr., letzteres ab Gleiwitz mit 35—37 Sgr. pr. Ctr. notirt.

Stabeisen, gewalztes in Berlin, Grundpreis $2\frac{2}{3}$—4, geschmiedetes $4\frac{1}{2}$, Staffordshire $4\frac{2}{3}$ Thlr. pr. Ctnr.; Kesselbleche ebendaselbst $5\frac{2}{3}$—7, alte Schienen $1\frac{1}{4}$—$1\frac{5}{6}$ Thlr., zuletzt 1 Thlr. 23—28 Sgr. pr. Ctr.

In Breslau Walzeisen loco Breslau $3\frac{1}{4}$—$3\frac{1}{3}$, geschmiedetes loco Oppeln $3\frac{2}{3}$—4 Thlr. pr. Ctr.

Zink in Breslau, gewöhnliche Marken 5 Thlr. 13—14 Sgr., W. H. Marke 3—5 Sgr. theurer. In Berlin, indessen ab Breslau, $5\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ Thlr., zuletzt 5 Thlr. 13—19 Sgr. pr. Ctr. Die letzteren Notirungen für bessere Marken.

Loco Berlin, im Detail, schwanken die Notirungen zwischen $6\frac{1}{4}$—$6\frac{2}{3}$ Thlr. — In Hamburg galt das Zink 12 Mk. B. 2—4 Schill. pr. Ctnr., in London $19\frac{1}{4}$ Lstrl. per Ton.

Blei. Hierfür finden wir in Berlin je nach der Qualität und Größe der Verkäufe $6\frac{1}{3}$—$6\frac{1}{2}$—7 Thlr. pr. Ctnr. Für spanisches Blei wurde $8\frac{1}{4}$ Thlr. gefordert. In Breslau galt tarnowitzer Blei $6\frac{2}{3}$ Thlr., sächsisches $6\frac{1}{3}$ Thlr. pr. Ctr.

Bleiglätte, tarnowitzer in Breslau $6\frac{1}{2}$—$\frac{5}{6}$ Thlr. pr. Ctr.

Kupfer, in Berlin, Paschkoffmarke 37 Thlr., Demidoff und Lavall 34—$35\frac{1}{2}$ Thlr., englisches 32—33 Thlr., amerikanisches 34—35 Thlr. pr. Ctr., doch wollten Käufer in diese von den Inhabern geforderten Preise nicht recht willigen. Im Detail 1—2 Thlr. theurer. In Breslau finden wir für russisches Kupfer 34—39 Thlr. pr. Ctr. notirt.

Zinn in Berlin in Posten 40—41 Thlr., im Detail 42—43 Thlr., in Breslau 42—44 Thlr. pr. Ctr.

Steinkohlen. In Berlin für beste Westhartley-Stückkohle 23—24 Thlr., geringere Sorten 21 Thlr., doppelt gesiebte Nußkohle $18\frac{1}{2}$—$19\frac{1}{2}$, 19—20, $19\frac{1}{2}$—$20\frac{1}{2}$ Thlr., Coaks (engl.) 18—19 Thlr. per Last. Schles. Kohlen finden schlanken Absatz, westfäl. Coaks 17 Sgr. pr. Ctr.

In Breslau galt die preuß. Tonne Stückkohlen $23\frac{1}{2}$—26, Würfelkohlen $18\frac{1}{2}$—21 Sgr. (W. f. Schl. B.- u. H.)

† **Breslau,** 12. Dezbr. [Börse.] Die heutige Börse war in recht fester Stimmung, das Geschäft jedoch gering. Am beliebtesten waren Eisenbahnaktien, mit Ausnahme von Tarnowitzern, die nur zu gedrückten Coursen Käufer fanden. Bank-Noten $71\frac{1}{6}$, National-Anleihe $57\frac{1}{2}$, Credit $62\frac{3}{4}$ bezahlt und Geld.

Breslau, 12. Dezbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe, nur feine Gattungen behauptet, ordinäre $9\frac{1}{4}$—10 Thlr., mittle $10\frac{1}{2}$—11 Thlr., feine $12\frac{1}{4}$—$12\frac{1}{2}$ Thlr., hochfeine $13\frac{1}{3}$—$13\frac{1}{2}$ Thlr. — Kleesaat, weiße, unverändert fest, ordinäre $9\frac{1}{2}$—13 Thlr., mittle $14\frac{1}{2}$—$16\frac{1}{2}$ Thlr., feine $18\frac{3}{4}$—$20\frac{1}{4}$ Thlr., hochfeine $21\frac{1}{4}$—$22\frac{3}{4}$ Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfund) flau; pr. Dezember und Dezember-Januar 46—$45\frac{3}{4}$ Thlr. bez. u. Br., Januar-Februar 46 Thlr. Br., Februar-März 46 Thlr. Br., März-April 46 Thlr. Br., April-Mai 46 Thlr. bezahlt, Mai-Juni $46\frac{3}{4}$ Thlr. Br.

Rüböl matt; loco $12\frac{1}{6}$ Thlr. Br., pr. Dezember 12 Thlr. bezahlt, Dezember-Januar $12\frac{1}{12}$ Thlr. Br., Januar-Februar $12\frac{1}{6}$ Thlr. Br., Februar-März $12\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt, März-April $12\frac{5}{12}$ Thlr. Br., April-Mai $12\frac{1}{2}$ Br.

Kartoffel-Spiritus wenig verändert; gek. 12,000 Quart; loco $16\frac{5}{6}$ Thlr. Gld., pr. Dezember und Dezember-Januar $17\frac{1}{6}$ Thlr. Br. und bezahlt, Januar-Februar $17\frac{1}{6}$ Thlr. Br., Februar-März $17\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt und Br., April-Mai $17\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt.

Zink ohne Umsatz. **Die Börsen-Commission.**

Telegraphische Depeschen.

Dessau, 12. Dezbr. In der Untersuchungssache gegen den Bankpräsidenten Nulandt hier, hat das Kreisgericht denselben des Betruges in Höhe von 80,000 Thaler schuldig erklärt und zu vierjähriger Arbeitshausstrafe und fünfjähriger Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.

London, 12. Dez. Die „Morning-Post" meint, wenn der Krieg erklärt würde, so würde England mit der Anerkennung der konföderirten Staaten beginnen, mit welchen England wahrscheinlich eine Allianz schließen würde. Nach dem Kriege würde dann England von der Union Entschädigung fordern. „Daily News" sagt: Scott hat sich gestern nach Newyork eingeschifft, nachdem er vorgestern eine Konferenz mit dem Prinzen Napoleon gehabt hatte. Scott wird dem Präsidenten Lincoln den Wunsch des Kaisers mittheilen, das Seinige zu thun, um die Differenz mit England zu einem günstigen Austrag zu bringen.

Mit einer Beilage.